



Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

ASG-Tagung
in Cottbus

Erwartungen
an Bioprodukte

Klimaschutz und
Wirtschaft

www.asg-goe.de



Ländlicher Raum

verschenken

Ich bin überzeugt von *Ländlicher Raum* und

- möchte ein Jahresabonnement zum Preis von 36,-- € verschenken

Name:

Anschrift:

Die Rechnung geht an:

Name:

Anschrift:

abonnieren

- abonniere ab sofort 6 Ausgaben pro Jahr zum Preis von 36,-- €

Name:

Anschrift:

Ich möchte *Ländlicher Raum* kennen lernen und

- bestelle 3 Ausgaben gegen eine einmalige Schutzgebühr von 5,-- €

Name:

Anschrift:

kennen lernen

Ich zahle per Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung für mein Konto:

Bank Bankleitzahl Konto-Nr.

Datum Unterschrift

**Ausfüllen, kopieren und schicken bzw. faxen an:
Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Kurze Geismarstraße 33, 37073 Göttingen,
Fon (0551) 49 709 - 0, Fax (0551) 49 709 - 16, E-Mail info@asg-goe.de
oder im Internet unter www.asg-goe.de ausfüllen**

ASG	2 ASG-Tagung 2006 in Brandenburg, Polen und Tschechien 12 Leserbrief
Agrarpolitik	13 Agrarpolitik zu Zeiten der Fußball-WM: Das Runde muss ins Eckige 15 Interview mit Ulrike Höfken: „Ich bin nicht neutral“
Landwirtschaft	17 Vielschichtige Erwartungen an Bioprodukte 22 Stellungnahme der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung: Bundesrechnungshof zeichnet ein verzerrtes Bild 22 Landwirtschaftliche Rentenbank: Positive Förderbilanz 2005
Ländlicher Raum	24 Resolution von Bleiwäsche 15: Leerstand von Gebäuden in Dörfern – Beginn der Dorfauflösung oder Chancen durch Umnutzung? 25 Vital Villages – Kulturdörfer Europas 28 Senior-Internet-HelferInnen im ländlichen Raum 31 Naturentfremdung zwischen Verklärung, Langeweile und Sorge 32 „Hautnah“ – Studie der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Freiburg: Junge Menschen auf dem Land
Tourismus	38 Bedeutung der Naturparke für den Tourismus
Nachhaltigkeit	40 Klimaschutz ist ökologische und ökonomische Vorsorgepolitik 44 5 Jahre „Kinder laufen für Kinder“ 45 Jugendbündnis Zukunftsenergie setzt 20 Jahre nach Tschernobyl Zeichen
Personalien	45 Peter Hauk bleibt Landwirtschaftsminister in Baden-Württemberg, Petra Wernicke Landwirtschaftsministerin in Sachsen-Anhalt 46 Hendrik Hering neuer Landwirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz 46 Bernd-Udo Hahn Leiter der Zentralabteilung im BMELV 46 Ulrike Höfken übernimmt Vorsitz des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag 46 Dr. Clemens Dirscherl in Deutsche Tierschutzkommission berufen 47 Veränderungen im dlV-Präsidium
Für Sie gelesen	47 Landwirtschaft in der Postmoderne 47 Der kritische Agrarbericht 2006 48 Die Landwirtschaft in der Europäischen Union
Für Sie gesurft	48 www.biohandwerk.de

ASG-Tagung vom 9. bis 12. Mai 2006 in Cottbus:

Lebensmittelqualität und Wettbewerb: Welche Weichen stellt die EU-Agrarpolitik?



Fotos: M. Busch

Dr. Hans-Hermann Bentrup

Die ASG-Tagung fand mit Unterstützung der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission, des Bundeslandwirtschaftsministeriums und des Landes Brandenburg unter der Schirmherrschaft von Matthias Platzeck statt. Teilnehmende aus fünf EU-Mitgliedsstaaten informierten sich und diskutierten über die Zusammenhänge zwischen Lebensmittelqualität, Wettbewerb und europäischer Agrarpolitik.

Dr. Hans-Hermann Bentrup, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., bedankte sich bei den Repräsentanten der Landesregierung von Brandenburg, der Wojewodschaft Lubuskie und der Region für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Tagung, insbesondere der Exkursionen. Dem Einsatz vieler engagierter Mitarbeiter

und Mitarbeiterinnen sei es zu verdanken, dass die Tagungsteilnehmer und -teilnehmerinnen im Rahmen von Fachexkursionen einen vertieften Einblick in die Tagungsregion an der Ostgrenze Deutschlands, aber auch in die polnischen und tschechischen Nachbarregionen gewinnen konnten.

In Bezug auf das Tagungsthema stellte er fest, dass 2006 eine Zäsur für viele EU-Programme sei: bei vielen Marktstützungselementen laufe die Übergangsfrist aus und eine EU-einheitliche Praxis beginne ab 2007, die Förderpolitik für die ländlichen Räume sei bis Ende 2006 konzipiert und andere EU-Politiken (z. B. die Kohäsionspolitik) träten ebenfalls ab 2007 in eine neue Phase. Deshalb sei es zu diesem Zeitpunkt besonders wichtig, einen grenzüberschreitenden Dialog zwischen Produzenten und Verbrauchern zu fördern.

Die Erzeugung qualitativ hochwertiger und gesundheitlich unbedenklicher Lebensmittel sei ein herausragendes gesellschaftli-

ches Anliegen, für das die EU-Agrarpolitik wichtige Rahmenbedingungen setze. Vor diesem Hintergrund sei die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln auch ein zentrales Thema der EU-Agrarreform. Zwar sei die Ausgangssituation in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich gewesen, doch hätten sich mit der EU-Osterweiterung die Rahmenbedingungen für die Qualitäts- und Sicherheitsstandards in den 25 Mitgliedsstaaten angleichen müssen. Insofern gelte es zunächst, über die Inhalte und Ziele der EU-Agrarreform auf dem Gebiet der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln zu informieren und zur Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Akzeptanz der GAP in den beteiligten Staaten beizutragen. Für die Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Lebensmittel stelle die erfolgreiche Umsetzung der EU-Agrarreform eine große Herausforderung dar. Bentrups besonderes Interesse war es deshalb, die Erfahrungen von Produzenten, Verarbeitern und Verbrauchern der beteiligten Länder zu erörtern. **fa**

Grenzüberschreitende Kooperation dient Informationsaustausch über Qualitäts- und Sicherheitsstandards der EU.

Die Lebensmittelqualität entscheidet gerade in der heutigen Mediengesellschaft über Wohl oder Wehe ganzer Branchen. Jeder einzelne Lebensmittelskandal kostet Arbeitsplätze.



Dr. Dietmar Woidke

Entwicklung und Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft

– aus Sicht des Landes Brandenburg

Das Land Brandenburg arbeitet seit vielen Jahren, nicht erst seit dem EU-Beitritt, mit der Republik Polen und besonders mit den Grenzwojewodschaften zusammen – führte Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, aus. Gemeinsamkeiten in der Naturausstattung, Kultur und Geschichte verbinde Brandenburg mit dem Nachbarstaat. Im Gegensatz zu der während der DDR-Zeit „von oben verordneten Waffenbrüderschaft“ habe sich die Nachbarschaft zu Polen Schritt für Schritt weiterentwickelt. Vielerorts seien Freundschaften entstanden, die eine Zusammenarbeit auf der offiziellen Ebene erleichterten.

Arbeitsplätze durch Tourismus und Bioenergie

Als eine der größten Herausforderungen bezeichnete Woidke den Mangel an Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, wobei es sich weder um ein deutsches noch um ein polnisches, sondern um ein europäisches Problem handele. Bei allen Erfolgen der brandenburgischen Landwirtschaft, die je nach Statistik Arbeitgeber von 35 000-40 000 Beschäftigten sei, müsse verstärkt nach Einkommensalternativen gesucht werden. Ein großes Potenzial besäßen nach Ansicht des Ministers die Bereiche des ländlichen, naturnahen Tourismus und der Bioenergie.

Der Ausbau der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen würde verhindern, dass die Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum abfließe, und gleichzeitig die Abhängigkeit Europas von öl- bzw. erdgasexportierenden Staaten reduzieren. Vor dem Hintergrund, dass in der brandenburgischen Landwirtschaft viehhaltende Betriebe die meisten Arbeitsplätze schafften, der Viehbesatz pro Fläche jedoch relativ niedrig liege, bilde die Förderung der Veredelungswirtschaft inklusive Verarbeitung einen Schwerpunkt bei der Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen der ELER-Verordnung.

Intensive Kooperation, auch bei der Seuchenbekämpfung

Gerade im Bereich der Tierproduktion spiele die Lebensmittelqualität (bzw. die betreffende Berichterstattung in den Medien) eine große Rolle. So zeigten Erfahrungen bspw. aus dem sog. Gammelfleischskandal, wie schnell landwirtschaftliche, verarbeitende oder vermarktende Unternehmen durch Ereignisse dieser Art in Mitleidenschaft gezogen und Arbeitsplätze gefährdet werden könnten. Ähnliches gelte für Tierseuchen im Allgemeinen und die Geflügelpest im Speziellen. Da in der jüngsten Vergangenheit auf beiden Seiten der Oder Geflügelpestfälle aufgetreten seien, habe eine intensive

Kooperation mit den polnischen Behörden stattgefunden, wodurch „Kollateralschäden“ wie auf Rügen vermieden werden konnten. Woidke unterstrich die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Seuchenfall bzw. schon vor dem Eintritt des „Katastrophenfalls“ und empfahl die Konzipierung einer gemeinsamen, europaweiten Seuchenbekämpfungsstrategie.

Weiter vertieft werden solle die wirtschaftliche Kooperation zwischen brandenburgischen und polnischen Betrieben. Die Bemühungen der letzten Jahre, Unternehmer aus beiden Ländern gezielt zusammenzuführen, spiegelten sich in der gegenseitigen Messepräsenz, z. B. auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung BraLa, der POL-Agra in Polen oder auf der Internationalen Grünen Woche Berlin wider. Entgegen den befürchteten negativen Auswirkungen der EU-Erweiterung konnten laut einer aktuellen Studie des Landesministeriums für Wirtschaft die meisten brandenburgischen Unternehmen von dem Beitritt der osteuropäischen Staaten profitieren.

Abschließend sprach sich der Minister für eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen ländliche Entwicklung sowie nachwachsende Rohstoffe insbesondere mit der Wojewodschaft Lubuskie aus.

ce

Entwicklung und Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft

– aus der Sicht der Wojewodschaft Lubuskie, Polen



Marek Zeromski

Marek Zeromski, Vize-Marschall der Wojewodschaft Lebusier Land (Lubuskie), hob die Gemeinsamkeiten des Landes Brandenburg und der Wojewodschaft Lebusier Land hervor. Was die Landwirtschaft betreffe, so seien zum einen die Bodenqualitäten und -verhältnisse ähnlich, zum anderen aber auch die Betriebsstrukturen. Im Lebusier Land, im Gegensatz zum polnischen Kernland, überwiege die großflächige Landwirtschaft. Rund 49 % der Flächen seien in Polen landwirtschaftlich genutzt und auch die Forstwirtschaft spiele eine große Rolle. Die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Strukturen sei nach der Wende in beiden Ländern schwierig gewesen, in Brandenburg sei sie jedoch schneller vonstatten gegangen. Aus den Erfahrungen der Umstrukturierung in Brandenburg, mit der bereits 1990 begonnen wurde, habe die Wojewodschaft Lebusier Land profitieren können. Bei bilateralen Besuchen, Konferenzen und Seminaren für die Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Verwaltungen und Beratungen habe ein intensiver Erfahrungsaustausch stattgefunden. Auch Bauern, Gärtner und Imker sowie verarbeitende Betriebe – Molkereien, Schlachtereien und Fleisch verarbeitende Betriebe – seien hieran beteiligt gewesen.

1994 habe das Land Brandenburg eine Vereinbarung mit den polnischen Wojewodschaften getroffen, deren Schwerpunkt auf der

Zusammenarbeit von Agrarunternehmen gelegen habe. Daraufhin hätten Produzenten spezieller Bereiche, z. B. Hühner- oder Rinderzüchter, Arbeitsgruppen gebildet. Darüber hinaus seien enge Beziehungen durch die auch in Polen existierende Initiative „Offener Hof“ entstanden.

Verarbeitungsbetriebe mit hohem technischen Standard

Insbesondere Molkereien und Fleisch verarbeitende Betriebe hätten dazu beigetragen, den Handel zwischen beiden Ländern zu verstärken. Heute produzierten 73 % der Geflügel verarbeitenden und sieben Eier verarbeitende Betriebe in der Wojewodschaft die polnische Qualitäts-Kategorie A; von den Fisch, Schnecken und Wildfleisch verarbeitenden Betrieben produzierten die größeren Betriebe auf höchstem Qualitätsniveau. Auch 33 % der Molkereien produzierten bereits Kategorie A, die übrigen strebten dies für 2006 bzw. 2007 an. Ohne EU-Fördermittel aus dem SAPARD-Programm, durch das bis 2004 die Modernisierung von Bausubstanz, Verarbeitungs- sowie Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen in mittel- und osteuropäischen Ländern gefördert worden sei, wären die Modernisierungen der Nahrungsmittelbetriebe nicht möglich gewesen. Doch auch Landwirte und Pächter hätten von diesem EU-Förderprogramm profitiert.

Probleme gäbe es bei der Maisproduktion und auf dem Markt für Beerenobst. Dieser werde nicht genügend vor Importen aus Drittländern geschützt, weshalb sich Polen seit zwei Jahren mit der EU in Verhandlungen befinde. Mit Hilfe von Expertisen solle nachgewiesen werden, dass Erdbeeren, Himbeeren und Johannisbeeren in Polen mit niedrigen Gehalten an Pflanzenschutzmitteln produziert würden. Probleme bei der Vermarktung hätten auch die polnischen Ökobetriebe.

Die bisher geschaffenen Grundlagen der Zusammenarbeit seien insgesamt als sehr positiv zu bezeichnen und sollten mit anderen Berufsgruppen fortgesetzt werden. Während der Internationalen Grünen Woche Berlin sei auch eine gemeinsame Gestaltung der Entwicklung ländlicher Räume für die Jahre 2007-2013 beschlossen worden. Wichtig sei es dabei, mit Hilfe von LEADER+ regionale Akzente zu setzen. Diesbezüglich habe im Schloss Crieven gerade ein erstes Treffen stattgefunden.

fa

Polnische Produkte haben überwiegend eine hohe Qualität.

Qualität statt Quantität mit der neuen GAP

Die Umsetzung der neuen Politik zur Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland und seinen Nachbarländern



PD Dr. Peter Wehrheim

PD Dr. Peter Wehrheim, EU-Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, betonte, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Europa in der Förderperiode 2007-2013 auf Qualität statt Quantität setze, und zwar sowohl hinsichtlich Produkts als auch Prozessqualität. Dies sei wichtig, weil die Konkurrenz bei Massenprodukten hoch sei und Wettbewerbsvorteile nur durch hohe Qualität zu erzielen seien. Die Prozessqualität werde einerseits durch die GAP-Reform mit einer Abkehr von der Mengensteuerung und der Einführung von Cross Compliance-Standards gefördert. Andererseits sei die Sicherung von geographischen Herkunftszeichen und QS-Systemen ein Mittel zur Qualitätssteigerung. Die steigende Zahl von QS-Systemen erfordere allerdings Rechtsvorschriften auf EU-Ebene, um zu einheitlichen Standards zu kommen. Eine besondere Herausforderung in Bezug auf die Qualität von Nahrungsmitteln habe die EU-Erweiterung 2004 mit sich gebracht, da auch die Rahmenbedingungen der Beitrittsländer hätten berücksichtigt werden müssen.

Für die neue Förderperiode stünden zur Finanzierung der GAP zwei Fonds zur Verfügung: der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Innerhalb

des EGFL seien die Direktzahlungen angesiedelt, innerhalb des ELER die Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raums. Wehrheims Ansicht nach hätte das Budget für die 2. Säule, welches bisher 20 % des Agrarhaushalts betragen habe, fortgeschrieben bzw. mit Blick auf das Nachholbedürfnis bezüglich der ländlichen Entwicklung in den neuen Beitrittsländern sogar intensiviert werden müssen. Da die Subventionen aus der 1. Säule jedoch bereits fest verplant gewesen seien, stünden zur Kürzung – entgegen der beabsichtigten Zielsetzung der EU – lediglich die Mittel der 2. Säule, die auch in Deutschland wichtig für die Entwicklung des ländlichen Raums seien, zur Verfügung. Über ELER müsste daher mit einem Fünftel der Gesamtmittel ein Großteil der agrarpolitischen Ziele gefördert werden. Um eine hohe Effizienz bei der Mittelvergabe zu erreichen, werde die EU-Agrarpolitik von vielen Durchführungsverordnungen und Kontrollen begleitet. Die Effizienz solle unter anderem mit inzwischen vereinfachten Monitoring-Programmen überprüft und mit der vermehrten Einarbeitung von „best-practice“-Beispielen erreicht werden.

Die ELER-Verordnung bestehe aus drei thematischen und einer methodischen Achse (LEADER). Die qualitätsorientierte Nahrungsmittelerzeugung könne über die 1. Achse mit der Verbesserung der „Humanressourcen“ – Fortbil-

dung zur Anpassung an neue EUNormen sowie Etablierung von QS-Systemen – gefördert werden. Über die 2. Achse könne die Verringerung der Produktionsintensität gefördert werden, denn Cross Compliance sei nur die Basis, darüber hinausgehende Umweltmaßnahmen sollten mit höheren Förderprämien belohnt werden (Agrarumweltmaßnahmen, Ökologischer Landbau, Vertragsnaturschutz).

Diskussion

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Komplexität der EU-Agrarpolitik schwer zu vermitteln ist. Aus Sicht der Praktiker sei der Dschungel an Fördermöglichkeiten undurchsichtig und die dazu gehörige Bürokratie viel zu aufwändig. Der immer detailliertere Antrags- und Dokumentationsaufwand sei von einzelnen Betrieben kaum noch zu leisten. Auch der finanzielle Aufwand für EU-Kontroll- und Evaluierungsprogramme wurde hinterfragt.

Mit der 2. Säule wird die Qualitätsproduktion gestärkt.

Die Gesundheit der Verbraucher und Verbraucherinnen schützen und gerechte Handelsstrukturen herstellen



Dr. Rolf Großklaus

Dr. Rolf Großklaus, Direktor und Professor im Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin, und Vorsitzender des Codex Komitees für Ernährung und diätetische Lebensmittel der Codex Alimentarius-Kommission, erläuterte die Bedeutung des Codex Alimentarius (C.A.) und ging der Frage nach, wie ein fairer internationaler Handel zu erreichen sei. Zu einem fairen Welthandel gehörten die Armutsbekämpfung, die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen und die Öffnung der Märkte. Zwar nähmen der freie Warenverkehr innerhalb des europäischen Binnenmarktes und der internationale Handel mit Nahrungs- und Futtermitteln zu, das Recht auf ausreichende Nahrung – die eigentliche große internationale Herausforderung – sei jedoch weltweit nicht gegeben.

Der Codex Alimentarius sei ein offizielles Gremium der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Derzeit seien 168 Staaten durch ihre Regierungen in diesem Gremium vertreten. Darüber hinaus nähmen zahlreiche Nichtregierungsorganisationen mit Beobachterstatus (Rede-, aber kein Stimmrecht) an den Sitzungen des C. A. teil. Aufgabe dieses 1962 gegründeten Gremiums sei die Erarbeitung weltweiter Standards, Richtlinien und Empfehlungen für Lebensmittel. Alle wichtigen Regelungsbereiche, die

auch im nationalen und europäischen Lebensmittelrecht Bedeutung hätten, würden erfasst. Zur Erarbeitung dieser international geltenden Standards beschäftigt sich der C. A. in Ausschüssen und Komitees mit einzelnen Lebensmitteln, mit Produktgruppen sowie mit übergeordneten Fragestellungen, wie z. B. der Pestizidbelastung, die von allgemeiner Bedeutung für die Lebensmittelsicherheit und den Lebensmittelhandel sind. Hierbei spiele die wissenschaftliche Absicherung eine große Rolle. Alle Entscheidungen würden prinzipiell im Konsens gefasst, weshalb dies jeweils etwa zehn Jahre dauern würde. Die Vereinbarungen – vor allem in Form von Lebensmittelstandards – hätten nach ihrer Verabschiedung für die nationale Gesetzgebung einen Vorbildcharakter, zu dessen Umsetzung sich die teilnehmenden Mitgliedsländer verpflichteten.

Strukturierte Risikoanalysen, in die alle verfügbaren wissenschaftlichen Studien einfließen sollen, sind eine von vielen Aufgaben der Codex Kommission. Obwohl Deutschland eine hoch entwickelte Lebensmittelüberwachung besitze, sei die Kommunikation mit dem C. A. bezüglich Risikoforschung und -analyse bislang nicht optimal, bedauerte Großklaus, denn Deutschland habe noch kein nationales C. A.-Komitee eingerichtet. Dies müsse dringend geschehen.

Diskussion

Von Seiten der praktischen Landwirte wurde betont, dass diese keine Probleme mit der Einhaltung internationaler Standards für die Lebensmittelerzeugung hätten. Es seien lediglich Einzelbeispiele, die von der Presse als Skandal hochgejubelt würden. Angezweifelt wurde, dass der freie Handel und der Gesundheitsschutz zu einem fairem Handel führen würden. Für die Beurteilung der erarbeiteten Standards wurde die Einbeziehung der Sozialwissenschaften in die Arbeit des C. A. gefordert.

Nur mit internationaler Zusammenarbeit kommen wir bei der Lebensmittelsicherheit weiter.



Iveta Bošková

Qualitätsprodukte, Convenience-Food und Discountware: Tendenzen in der Lebensmittelnachfrage

– in der Republik Tschechien

Iveta Bošková, Forschungsinstitut für Agrarökonomie, Prag, zeigte am Beispiel der Milchproduktion die Effekte, die der EU-Beitritt auf den tschechischen Markt hatte. Trotz eines Rückgangs der Anzahl der Milchkühe seien die produzierten Milchmengen aufgrund von Leistungssteigerungen gleich geblieben. Der Export von Milch als Rohware habe aufgrund der in Tschechien noch vergleichsweise niedrigen Erzeugerpreise vor allem nach Italien und Deutschland zugenommen, gleichzeitig sei der Export von Milchpulver und Butter gesunken. Ein positiver Effekt dieser Entwicklung sei, dass Tschechien Exportsubventionen für diese Produkte einspare, negativ habe sich jedoch ausgewirkt, dass die Wertschöpfung der Weiterverarbeitung nun im Ausland erfolge und Milch als Rohstoff auf dem heimischen Markt zeitweilig knapp geworden sei. Dadurch sei die Produktion höherwertiger Produkte wie Käse und Quark im Inland weiter stark zurückgegangen und in Polen und der Slowakei günstiger produzierte Verarbeitungsprodukte hätten den Markt überschwemmt und zu einem Preisverfall geführt. Diese Entwicklung habe den weiterverarbeitenden Betrieben in Tschechien sehr geschadet, da die meisten zur Anpassung an EU-Standards große Investitionen getätigt hätten und hoch verschuldet seien, wodurch sie kaum in der Lage seien, auf Marktveränderungen zu

reagieren. Bis sie wieder auf den einheimischen Markt hätten liefern können, seien transnationale Handelsketten wie Lidl auf den tschechischen Markt gedrängt und hätten diesen bereits mit Billigprodukten besetzt. Bošková sah es als wichtig an, hier gegenzusteuern und die inländische Wertschöpfung zu fördern. Dies könne durch die Verbindung der Verarbeitungsbetriebe mit inländischem oder ausländischem Kapital geschehen oder durch die Etablierung nationaler und regionaler Marken. Andererseits müssten auch die Erzeuger zu einer einheitlichen Interessensvertretung finden, um dieser asymmetrischen Marktmacht gegenüber zu treten.

Die starke Zunahme von Hypermärkten von 2 im Jahr 1996 auf 160 im Jahre 2000 und knapp 200 aktuell, habe in Tschechien dazu geführt, dass immer weniger Menschen bei Einzelhändlern oder privaten Supermärkten einkauften, wodurch diese stark zurückgegangen seien. Lediglich Fleisch werde überwiegend im Einzelhandel gekauft, da die tschechischen Kunden qualitätsbewusst einkauften. Die in einer EU-weiten Marktstudie erfragte Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten nach der Öffnung der Märkte sei gesunken, da es immer weniger tschechische Produkte zu kaufen gebe und die angebotenen preiswerten Produkte die befragten Verbraucher qualitativ oft nicht befriedig-

ten. Um dem großen Interesse der tschechischen Verbraucher an nationalen und qualitativ hochwertigen Produkten zu entsprechen, habe das Landwirtschaftsministerium zwei Programme aufgelegt. „Marke Klasse“ bestehe in der Verleihung eines Zeichens für nationale Qualitätsprodukte, welches nur einheimische Erzeuger erhalten können. Es gilt jeweils für drei Jahre, muss dann neu erworben werden und beinhaltet Vorgaben zu nationalen Rohstoffen, nationaler Verarbeitung und bestimmten Qualitätsansprüchen. 2006 habe es 1 109 Produkte gegeben, die dieses Zeichen tragen dürfen. Das zweite Programm „Finde Dir selbst den eigenen Erzeuger“ dient dem Aufbau einer Datenbank, die im Internet zugänglich ist. Hier können Verbraucher Informationen über Hersteller, Produktionsverfahren und regionale Angebote erhalten.

Die Molkereien befinden sich in einer schwierigen Situation, da Milch als Rohstoff exportiert wird und Billigprodukte auf den tschechischen Markt drängen.

Qualitätsprodukte, Convenience-Food und Discountware: Tendenzen in der Lebensmittelnachfrage

– in Deutschland



Prof. Dr. Edda Müller

Prof. Dr. Edda Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e. V. (vzbv) und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung, erläuterte, dass die Nahrungsmittelversorgung für die Zielvorgabe einer ausreichenden Mengenversorgung jahrzehntelang die Vielfalt von Nahrungsmitteln vernachlässigt habe. Dabei seien den Verbrauchern das Vorhandensein eines durchweg hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards vermittelt worden. Anders als bei Konsumgütern wie z. B. Autos, bei denen es immer ein differenziertes Angebot unterschiedlicher Qualitäten gegeben habe, habe eine solche Differenzierung im Lebensmittelbereich in Deutschland keine Tradition.

Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre, die überwiegend im Futtermittel- und industriellen Produktionsbereich aufgetreten seien, hätten die Illusion einer durchgängig sicheren Lebensmittelproduktion bei günstigsten Preisen zerstört. Als erstaunlich bezeichnete Müller in diesem Zusammenhang, dass die Landwirte sich in der auf die Skandale folgenden Diskussion in den Medien nicht

im Interesse einer Produktion hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte und einer Würdigung und Sicherung der landwirtschaftlichen Urproduktion auf die Seite der Verbraucher gestellt hätten, sondern den Schulterschluss mit der Lebens- und Futtermittelindustrie gesucht hätten. Seit den 80er Jahren habe die kritische Sicht der Wissenschaftler und Verbraucher auf eine nicht nachhaltige landwirtschaftliche Produktion innerhalb der landwirtschaftlichen Kreise eher zu einer Abwehrreaktion als zu einer offenen Qualitätsdiskussion geführt.

Die Konsumenten bezeichnete Müller als Patchwork-Verbraucher, die sowohl bei Aldi als auch beim hochpreisigen Einzelhandel einkaufen und deren Entscheidungsmotivationen vielfältig seien. Gemein sei ihnen allerdings eine im Vergleich zur Lebensmittelwirtschaft völlig andere Definition von Lebensmittelqualität, in der Sicherheit und gesundheitliche Unbedenklichkeit Basisvoraussetzungen seien, über die gar nicht geredet werden müsse. Heute spiele die Prozessqualität (Anbausysteme, Umweltverträglichkeit, Tiergerechtigkeit), Authentizität und Natürlichkeit eines Lebensmittels sowie Freiheit von belastenden Agrochemikalien bei der Erwartung an Qualität eine große Rolle. Das Beispiel Eierkonsum zeige die Möglichkeiten, Qualitätsprodukte am Markt zu platzieren. Seit 2004 die eindeutige Kennzeichnung von Eiern mit einem

Nummerncode eingeführt worden sei, habe die Nachfrage nach Eiern aus alternativen Haltungsförmern sprunghaft zugenommen. Nach Statistiken der Zentralen Markt- und Preisberichterstattungsstelle der ZMA kauften über 60 % der Deutschen keine Käfig-Eier mehr. Sogar die Discounter hätten 2004 begonnen, Eier aus Käfighaltung auszulisten. 2005 stammten 24 % der in Deutschland verkauften Schaleneier aus Freiland-, 17 % aus Boden- und 8 % aus ökologischer Produktion. Dieser Markt werde allerdings überwiegend von holländischen, österreichischen und skandinavischen Produzenten bedient, da die deutschen Produzenten noch zu 80 % Käfig-Eier produzierten.

Was die Ambivalenz des Verbraucherverhaltens angehe, äußerte Müller Bedauern darüber, dass es gerade in Deutschland üblich sei, in den teuersten Küchen die billigsten Lebensmittel zuzubereiten. Auch das Argument, finanziell schwache Verbraucher könnten sich gesunde Lebensmittel nicht leisten, sei nicht haltbar, da Fast Food- und Convenience-Lebensmittel aufgrund der Verarbeitungstiefe in der Regel teurer als weniger verarbeitete und daher gesündere Frischware seien. Der deutschen Land und Ernährungswirtschaft gab Müller den Tipp, sich an den deutlich geäußerten, teilweise schnell wechselnden Verbraucherwünschen zu orientieren, um eigene Marktanteile nicht zu verschenken.

Die deutsche Agrarwirtschaft sollte anspruchsvolle Verbraucherwünsche als Qualitätsmarkt begreifen.

Podiumsdiskussion

„Kann die EU-Agrarpolitik die Lebensmittelqualität verbessern?“

mit Prof. Dr. Edda Müller, Marek Kryda, Bohuslav Hart und Dr. Robert Kastner



Marek Kryda

Marek Kryda, Berater des Institutes für Tierschutz (Animal Welfare Institute, Washington), Warschau, zeigte auf, wie wenig EU-Gesetze für Lebensmittelqualität und Tierschutz in der Alltagsrealität in Polen und anderen Ländern bedeuteten, wenn zugunsten ausländischer Investoren Ausnahmen gemacht bzw. Kontrollen lasch gehandhabt würden. Ein Beispiel hierfür sei der Fall der amerikanischen Firma Smithfield-Foods (10 Mrd. US-Dollar Jahresumsatz), einer international in der Schweinemast und -verarbeitung tätigen Firma, deren Niederlassungen in Rumänien beispielsweise bis 2012 von den europäischen Umweltschutznormen befreit worden seien. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EPRD) habe zudem ein 100-Millionen-Dollar-Darlehen für Smithfield-Foods, die eine große Konkurrenz für europäische Firmen darstellten, bereitgestellt. Auch in Polen würden Umwelt- und Tierschutzauflagen von der Firma häufig nicht beachtet und dennoch werde sie in derartiger Höhe gefördert. Die Gewinne kämen nicht europäischen Regionen zu gute und auch die Steuern würden in den USA bezahlt. Eine derartige Kapitulation vor internationalen Investitionen gefährde die Entwicklung der Fleischbranche in Europa – und vor allem in den Beitrittsländern. Weil die minderwertige Qualität der Produkte sowie die sozialen und ökologischen Bedingungen der Produktion den Verbrauchern aufgrund fehlender Kennzeichnung nicht klar seien, stellten diese Fördertatbestände für die nationalen und regionalen Produzenten und Verarbeiter starke Wettbewerbsverzerrungen dar, infolge derer Letztere am Markt unterliegen müssten.



Bohuslav Hart

Bohuslav Hart, Zuckerfabrik Cukrovary TTD, Dobruška, wies darauf hin, dass die Zuschüsse der EU in den neuen Beitrittsländern nur bei 65 % der Zuschüsse der alten EU-Länder lägen, für diese jedoch die gleichen internationalen und europäischen Qualitätsanforderungen gälten. Zwar legten die tschechischen Verbraucher ebenfalls Wert auf sichere und kontrollierte Lebensmittel entsprechend der EU-Normen, sie seien jedoch nicht bereit, dafür höhere Preise zu zahlen. Importe aus Drittländern, deren Sicherheits- und Umweltnormen niedriger lägen, würden deshalb zzt. – auch aufgrund der Marktmacht der großen Handelsketten, die billig im Ausland einkauften – den tschechischen Markt erobern, was den tschechischen Produzenten zusätzlich Schwierigkeiten bereite. Da die Einhaltung beispielsweise von Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsvorschriften sehr teuer sei, werde an der Qualität der Rohstoffe gespart. Das Qualitätsdumping ginge laut Hart teilweise so weit, dass Tierfutter eine höhere Qualität als Lebensmittel besitze.



Dr. Robert Kastner

Unternehmensberater Dr. Robert Kastner, Kastner Getbusiness International, Wien, stellte die österreichische Variante der Entwicklung nach dem EU-Beitritt 1995 dar. Trotz Diskussionen über innovativere Formen der Regionalvermarktung hätten die Landwirte in Österreich zunächst weiterhin ausschließlich auf Rationalisierung gesetzt. In den späten 1990er Jahren sei dann mehr und mehr in innovative Ideen wie neue Verpackungen und den innereuropäischen Export investiert worden. In einer ersten Phase seien Marktstudien in Nachbarländern durchgeführt worden, in einer zweiten Phase qualitativ hochwertige Produkte von ca. 60 interessierten Unternehmen in den Nachbarländern in den besten Hotels ausgestellt worden, um den Markt und die Reaktionen der Verbraucher zu testen. Zusätzlich seien über die österreichischen Außenhandelsstellen Kontakte zu größeren Importeuren dieser Länder hergestellt worden. In der dritten Phase würden zzt. in den Handelsmärkten Österreichwochen durchgeführt und die Händler nach Österreich eingeladen, damit sie die Produktionsstätten kennen lernen könnten. Wichtig sei, so Kastner, während des ganzen Prozesses Politik und Unternehmer an einen Tisch zu bringen. Traditionelle Märkte für Österreich seien Deutschland, Italien und Slowenien. So würde statistisch gesehen jeder Verbraucher in Deutschland für 22,99 € österreichische Qualitäts-Produkte importieren, die Italiener lägen bei 17,78 € und die Slowenen bei 72,61 €. Kleine und mittlere Betriebe täten sich allerdings mit einer Ausrichtung auf den europäischen Markt schwer und müssten in der gesamten Wertschöpfungskette politisch und medial unterstützt werden. Berücksichtigt werden müsse auch, dass aufgrund der unterschiedlichen Geschmäcker die Rezepturen in den verschiedenen Ländern angeglichen werden müssten.



Große Nachfrage nach Qualitäts- und Bio-Produkten

Müller ging auf das Beispiel Österreich ein und betonte, dass es für EU-Mitgliedsländer möglich sei, unter gleichen Rahmenbedingungen eigene Strategien zu entwickeln. Während Österreich kleine und mittlere Betriebe mit Mitteln der 2. Säule gefördert habe, sei es in Deutschland genau umgekehrt gewesen. Als besonders problematisch sah sie dabei an, dass im Rahmen der Mit-

telkürzung der 2. Säule die Umstellungshilfen auf Bio-Produktion gestrichen werden sollten. Damit würde der deutsche Markt für Bio-Produkte anderen europäischen Marktpartnern überlassen.

Kastner ergänzte, dass auch die österreichischen Verbraucher Interesse an tiergerechten und ökologischen Produkten hätten. In Österreich hätten ebenfalls viele

Bauern die Chancen der ökologischen Produktion ergriffen. Um einen großen Markt für viele Produzenten zu schaffen, sei allerdings eine erfolgreiche Kooperation mit größeren Handelsketten notwendig. Weiterhin empfahl er anderen Ländern, sich von Österreich inspirieren zu lassen. Jedes Land müsse aber selbst entscheiden, wofür die Mittel – egal aus welcher Säule – eingesetzt wer-

den sollten. Österreich werde von 2007–2013 das Projekt „Genuss-Regionen“ mit dem Ziel fördern, die Gastronomie zu sensibilisieren, vermehrt landwirtschaftliche Produkte aus der Region einzusetzen. So könnte die Landwirtschaft stärker von der Gastronomie profitieren. Landwirt Werner Otte, Uslar, wies darauf hin, dass hohe Erträge und Massenproduktion unter Inkaufnahme der Folgen jahrelang als landwirtschaftliche Zielrichtung vermittelt worden seien. Viele Bauern hätten jedoch inzwischen erkannt, dass es so nicht weitergehen könne. Die Landwirte seien aber darauf angewiesen, dass die Verbraucher bereit seien, für eine höhere Prozessqualität mehr zu bezahlen.

Umfangreiche Kennzeichnung für Qualitätsprodukte erforderlich

Um Qualitätsmärkte zu stärken, müssten Müller zufolge die Verbraucher über eine entsprechende Kennzeichnung die Möglichkeit erhalten, zwischen unterschiedlichen Qualitäten entscheiden zu können. Die aktuellen EU-Rahmenbedingungen für die Kennzeichnung erlaubten dies, auch aufgrund des Drucks der WTO, jedoch nicht. Die Verbraucher hätten deshalb häufig keine anderen Entscheidungskriterien als den Preis. An den Ausführungen von Iveta Bošková sei deutlich geworden, dass das Verbraucherinteresse an qualitativ hochwertigen Lebensmitteln als Marktchance wahrgenommen werden könne, ihnen würden jedoch Informationen vorenthalten. Hart pflichtete Müller bei, dass die Qualität für die Verbraucher vielfach nicht zu erkennen sei und für sie daher der Preis ausschlaggebend sei. Josef Sajdl, Vertreter des Verbandes der Lebensmittelproduzenten der tschechischen Republik, wies darauf hin, dass die deutschen Verbraucher wesentlich besser informiert seien als die tschechi-

schen. Eine Schwierigkeit sah er in der Etikettierung der Produkte, wenn beispielsweise die Etiketten größer als das Produkt sein müssten, weil auf sämtliche Inhalte wie Allergene etc. hingewiesen werden solle. Hier müsste man sich fragen, ob nicht stärker auf Verbraucherbildung gesetzt werden müsse.

Auch aufgeklärte Verbraucher könnten einem Produkt ohne ausreichende Kennzeichnung die benötigten Informationen nicht ansehen, betonte Müller. Eine Möglichkeit, den Verbrauchern die Entscheidung zu erleichtern, sei allerdings die Einrichtung von Warentest-Institutionen wie in Deutschland z. B. Stiftung Warentest. Der vzbv führe diesbezüglich Gespräche mit tschechischen Verbraucherverbänden. Die Qualitätsüberprüfungen durch Stiftung Warentest hätten mittels veröffentlichter Beurteilungen, beispielsweise im Bereich Haushaltsgeräte, in Deutschland zu sehr hohen Qualitätsstandards geführt.

Verbraucherbildung in der Schule beginnen

Dass eine intensivere und bessere Bildung an Schulen über die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, ländlichem Raum, Wertschöpfungsketten sowie regionalem und internationalem Handel sehr wichtig sei, darüber waren sich die Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen einig. Einen positiven Anstoß habe, so Gerd Grahlmann, Münster, das von der ehemaligen Landwirtschaftsministerin Renate Künast geförderte Projekt gegeben, in dem Landfrauen in Schulen Aufklärungsarbeit über die Realität in der Landwirtschaft geleistet hätten. Eine offene Frage bliebe seiner Ansicht nach allerdings, wie der „durchschnittlich nicht aufgeklärte Verbraucher“ informiert und dazu gebracht werden könne, Qualität zu kaufen. Dass die Verbraucher bereits bewusste Kauf-

entscheidungen trafen und dass diese Entscheidungen deutlich und statistisch abgesichert am Markt zu beobachten seien, darauf wies Müller hin. Beispielsweise bei Hühnereiern ginge es nicht in erster Linie um Nahrungsmittelqualität, sondern um die Haltungsbedingungen der Hühner. Allerdings hätten die Verbraucher bei weiterverarbeiteten Produkten, in denen Eier enthalten, aber nicht gekennzeichnet seien – etwa 75 % der Eierproduktion gingen in Deutschland in Mayonnaise und Kuchen – bisher noch keine Möglichkeit, diese Bevorzugung zu praktizieren. Ein weiteres Beispiel sei der Einbruch des Gemüsekonsums bei Lidl um 45 %, nachdem Belastungen des Lidl-Gemüses mit Pflanzenschutzmitteln bekannt geworden seien. Dies habe bei Lidl zu der Entscheidung geführt, Kontrollen und Auflagen einzuführen. Im Übrigen sei eine gängige und erfolgreiche Unternehmensstrategie, die Produktion an den Verbraucherwünschen auszurichten.

Qualitätsproduktion eher in kleinen und mittleren Betrieben

Kryda machte darauf aufmerksam, dass Qualitätsprodukte mit hohen Umwelt- und Tierschutzstandards nicht in industrieller Massenproduktion hergestellt werden könnten. Gerade kleine Familienbetriebe würden diesen Qualitätsansprüchen weit öfter gerecht. Sie könnten darüber hinaus Aufklärungsarbeit leisten, indem sie z. B. zusammen mit Feriengästen Kühe melken und Käse herstellen würden. Werde dagegen auf Massenproduktion ohne hohe Qualitätsansprüche gesetzt, dann seien nicht nur die Existenzen der mittleren und kleinen Betriebe bedroht, sondern ganz Europa werde die Konkurrenz mit Amerika und China verlieren. Darüber hinaus wür-



Werner Otte



Josef Sajdl



Gerd Grahlmann



Dr. Helmuth Buermann

den viele Menschen auf dem Lande keine Arbeitsplätze mehr haben, wenn nur noch in Industriebetrieben mit geringem Arbeitskraftbesatz investiert würde. Müller bedauerte, dass beim Thema Ansiedlung von Großbetrieben seitens der Gemeinden oder auch der Landespolitik in der Regel keine Kalkulation vorgenommen würde, in der die zu schaffenden Arbeits-

plätze den gefährdeten Arbeitsplätzen gegenübergestellt würden. Dr. Helmuth Buermann, Bonn, zeigte sich bestürzt von dem Beispiel Smithfield-Foods. Er vermisse Kontrollen der EU, die für schadstofffreie Lebensmittel und für gleiche Bedingungen aller Produzenten sorgten und Ausnahmen für Großbetriebe, die sich nicht an Umwelt- und Qualitäts-

vorschriften hielten, unterbänden. In Bezug auf die Bildungssituation kritisierte Buermann, dass die Aufklärung über landwirtschaftliche Zusammenhänge an allgemein bildenden Schulen jahrelang vernachlässigt worden sei. Aus diesem Grund sollte eine EU-weit einheitliche Verbraucherbildung gefordert werden.

Moderation der Podiumsdiskussion und Tagungsbericht:
Dr. Andrea Beste, Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Mainz,
Fon (06131) 63 99 01, E-Mail a.beste@t-online.de

Berichte und Fotos der gesamten Veranstaltung sind auf einer Medien-CD dokumentiert. Diese kann bei der ASG kostenfrei angefordert werden. Die (Powerpoint-)Präsentationen der Vorträge sowie Fotos, sind auch auf der Internetseite der ASG unter www.asg-goe.de zu finden.

Leserbrief von Gerd Grahlmann, Münster

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die für die ASG haupt- und ehrenamtlich Tätigen sollen hiermit aus dem Kreis der Leser und Veranstaltungsteilnehmer einen Dank in schriftlicher Form erhalten: Auch das jüngste Heft „Ländlicher Raum“ (02/06) und die Frühjahrstagung in Cottbus waren gute Aushängeschilder für die ASG. Durch die Artikel zur Cottbus-Tagung war dies Heft ein guter Appetitmacher für die Teilnahme und die Exkursionen nach Polen, Tschechien oder Brandenburg. Zu zwei Artikeln habe ich noch Ergänzungen:

- 1) Bauernhofkindergärten: Im Stadtgebiet Münster wurden vor über zehn Jahren durch eine Initiative des Sozialamtes und durch Mitwirkung von Elternvereinen mehr als vier Bauernhofkindergärten genehmigt. Das ist bundesweit einmalig. Eine Quintessenz dieser erfolgreichen Aktion zur Verringerung der Gefahren nicht artgemäßer Menschenhaltung in Innenstadtbereichen wäre reizvoll.
- 2) Nachhaltigkeit von Landwirtschaft und Raumentwicklung: Eine Buchbesprechung des historischen 700-Seiten-Wälzers von Jared Diamond: „Kollaps“ wäre zu wenig. Ich würde mir einige Seiten wünschen zum Thema: Warum Gesellschaften überleben oder am Überstrapazieren ihrer ökologischen Grundlagen zugrunde gehen.

Die von der EU unterstützte Veranstaltung im Dreiländereck ermöglichte durch Übersetzerdienste und Technik eine Dreisprachigkeit, die gut auf die Exkursionen einstimmte. Die Rede des brandenburgischen Landwirtschaftsministers Dr. Woidke zur Grenzen überschreitenden Zusammenarbeit bot einen guten Einstieg in die Tagung. Das lag auch wohl daran, dass er aus dem unmittelbaren Grenzgebiet der Lausitzer Neiße stammt.

Außer den Diskussionen in den Veranstaltungen sind auch die Gespräche in wechselnden kleineren Kreisen im inoffiziellen Teil eine Bereicherung. Dabei ist die Mischung der beruflichen Herkünfte von Bedeutung: Dass die landwirtschaftlichen UnternehmerInnen in einem zu geringen Anteil dabei sind, ist deswegen hinnehmbar, weil sie nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch auf dem Podium und in der Diskussion von Vorträgen das erforderliche Unternehmensinteresse an nachhaltig hinreichenden Investitionsbedingungen überzeugend darlegen. Dies gilt auch für die Landfrauen, die als Vertreter ihrer Verbände teilnehmen.

Die parteipolitische Neutralität der ASG zeigt sich z. B. in der Teilnehmerstruktur von Ratsmitgliedern einer ländlichen Gemeinde, die schon viele Jahre an den ASG-Tagungen teilnehmen: Bürgermeister und Bauamtsleiter sind von Amts wegen dabei, die weiteren vier Ratsmitglieder nehmen mittelfristig nach dem Parteienproporz teil: Damit sollte die ASG bei den Landkreistagen in geeigneter Form werben!

Quintessenz: Die Vortragsveranstaltungen, Diskussionen, Exkursionen und Gespräche mit Teilnehmern verschiedenster beruflicher Herkünfte stellten eine erhebliche berufliche und private Bereicherung dar, das Preis-Leistungsverhältnis war optimal.

Agrarpolitik zu Zeiten der Fußball-WM:

Das Runde muss ins Eckige

beleuchtet von Rainer Münch

Wir sind (k)ein Team

Dass Union und SPD innerhalb des letzten halben Jahres so etwas wie Teamgeist in ihrer großen Koalition entwickelt hätten, ist in diesen fußballbewegten Zeiten zumindest in Berlin noch niemandem aufgefallen. Auch in der Agrarpolitik erinnern die beiden Partner bereits nach wenigen Monaten an eine Mannschaft, in der die verschiedenen Mannschaftsteile am liebsten mit sich selbst spielen, dabei den Ball gerne in den eigenen Reihen halten und Mitspieler wie Gegner gelegentlich ins Leere laufen lassen. Von Grüppchen- und Rudelbildung ist die Rede, gemeinsame Spielzüge sind Fehl-anzeige. Man ist eben gezwungen, miteinander zu spielen, obwohl man doch eigentlich viel besser mit anderen Partnern harmonieren würde. Leider konnte das jedoch bei der Mannschaftsaufstellung nicht berücksichtigt werden.

Da es obendrein an gemeinsamen Projekten mangelt („Weltmeister werden“), nicht zu reden von einer gemeinsamen Spielphilosophie in der Offensive, vertikale Pässe und hohes Risiko angesagt sind, plätschert das Berliner Koalitionsspiel in der Agrarpolitik ohne größere Höhepunkte und Torraumszenen mehr oder weniger vor sich hin.

Während CDU und CSU nach wie vor in erster Linie dem Schicksal dankbar zu sein scheinen, überhaupt nominiert worden zu sein, die harten Ersatzbänke endlich verlassen zu können und die

angestammten Regierungsplätze verdientermaßen wieder eingenommen zu haben, hat sich die SPD zumindest in diesem Politikteil offenbar in ihr Los als Ergänzungsspielerin gefügt und überlässt dem einstigen Gegner das Spielfeld.

Pässe in den freien Raum

Dessen Kapitän, der die gesamte Mannschaft anführen soll und im besten Falle nach vorne treiben könnte, gibt allerdings zunehmend Rätsel auf. Schon fragen die ersten besorgt: „Wo ist Seehofer?“, nachdem er zwar den Anstoß ausgeführt und aus dem Fußgelenk einige atemberaubende Pässe in die Tiefe des Raumes geschlagen hat, danach jedoch im Spiel untergetaucht ist. Manche meinen mittlerweile gar, er tummle sich bereits auf einem anderen Spielfeld oder stehe vor einem Wechsel zu seinem Lieblingsverein. Dann taucht der „Lange“, der als ungemein kopfballstark gilt und über großen Rückhalt beim gemeinen Fuß(ball)volk verfügt, jedoch plötzlich wieder brandgefährlich im gegnerischen Strafraum auf und lässt es lichterloh brennen. Hin und wieder stiftet er dabei allerdings mit weiten Pässen vorbei an Freud und Feind in den freien Raum Verwirrung.

Dies gilt überraschenderweise in besonderem Maße für die Agrarsozialpolitik, in der Seehofer eigentlich ein Heimspiel haben müsste. Zunächst kündigt er beiläufig bei einem seiner häufigen Gastspiele in München an, er wolle

das bisherige Umlagesystem zumindest für Neurenten auf ein Kapitaldeckungsverfahren umstellen. Dann lässt er verlauten, die Finanzierung eines solchen Systemwechsels sei nicht gewährleistet, ein Systemwechsel daher wenig realistisch.

Mannschaftliche Geschlossenheit

Ein anderes Mal lässt der wegen seiner Kondition und Standfestigkeit einst gerühmte CSU-Politiker, der seine Rolle als freier Mann vor, hinter oder neben der Abwehr sieht, in dem parteieigenen „Bayernkurier“ verlauten, er wolle die Versicherungspflicht in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft abschaffen. Dem Vernehmen nach soll das zuständige Fachreferat in beiden Fällen mindestens genauso überrascht gewesen sein über die Steilpässe des Spielführers wie die Mitspieler in der Mannschaft. Das Erstaunen ergriff offenbar auch andere Mannschaftsteile, die sich allerdings zum Eingreifen bemüßigt fühlten. Immerhin hat sich der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Heinrich Tiemann, veranlasst gesehen, auf die Federführung seines Ministeriums für die künftige Spieltaktik und damit auch für eine geplante Reform der gewerblichen Unfallversicherung und somit auch der landwirtschaftlichen Unfallversicherung hinzuweisen.

Ob dieser Appell an die Mannschaftliche Geschlossenheit beim Kapitän auf fruchtbaren Boden fällt, bleibt abzuwarten. Immerhin ist Seehofer traditionell mehr bekannt für seine Sololäufe als für mannschaftsdienliches Spiel. Dabei soll er laut früheren Spielberichten allerdings auch schon manches Eigentor geschossen haben.

Farbe bekennen

Zu denken geben müssten ihm jetzt allerdings auch erste Unmutsbekundungen aus der eigenen Fankurve und vorsichtige Zeichen der Unzufriedenheit bei einem Teil seiner bislang treuesten Anhänger. Deren Fanbeauftragter, Generalsekretär Dr. Helmut Born vom Deutschen Bauernverband, rief den Minister schon dazu auf, endlich Farbe zu bekennen. Die Zeit, in der man allein mit dem Hinweis auf eine verbesserte Stimmung bei den Bauern landen könne, sei vorbei. Man wolle endlich wissen: „Wo steht dieser Minister?“. Offensichtlich gibt man sich im Fanlager nicht länger zufrieden mit technischen Kabinettstückchen und Spielchen für die Galerie, sondern will Tore sehen.

Konkret soll Seehofer sagen, dass er „ohne Wenn und Aber“ zum gegenwärtigen Spielsystem und damit zum Bestand der EU-Agrarreform bis 2013 stehe. Offenbar befürchten die Anhänger einen erneuten grundlegenden Wechsel in der Taktik. Nach deren Ansicht darf an der 1. Säule als tragender Pfeiler im Spielsystem nicht mehr als nötig gerüttelt werden. Schließlich habe man sich nur unter der Voraussetzung auf die neue Taktik eingelassen, dass sie für die nächsten Jahre Bestand haben wird. Wenn es nunmehr von außen Forderungen gebe, in Form einer 20-prozentigen Modulation stärker das Spiel auf die 2. Säule zu verlagern, sei

dies nicht akzeptabel. Offensichtlich ist man in den Reihen der Fans nicht restlos davon überzeugt, dass Seehofer dies ähnlich sieht und er stattdessen doch geneigt sein könnte, auf Volkes Stimme zu hören, auch wenn's dem Spiel der eigenen Mannschaft eher abträglich und der Gesamterfolg alles andere als sicher wäre.

Transparenz

Ähnliche Befürchtungen gibt es im Hinblick auf eine immer lauter werdende „Transparenzdiskussion“ um die Offenlegung und letzten Endes Begrenzung von Spielergehältern. Ähnlich wie die Niederlande, Großbritannien oder Dänemark müsse auch Deutschland die Subventionen bekannt geben, die aus Brüssel an die einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmen gezahlt werden. Was in Brüssel als ein Weg gesehen wird, die geschrumpfte Akzeptanz gegenüber der EU-Politik insgesamt wieder zu verbessern, wird von anderen als wichtige Voraussetzung verstanden, die Agrarreform in der bisherigen Form sturmreif zu schießen, um sie tatsächlich bereits 2008 erneut grundlegend verändern zu können.

Ost-Widerstand

In Spielerkreisen hat man erkannt, dass diese Diskussion nicht mehr ohne weiteres aus der Welt zu bekommen ist. Sie soll nunmehr eingefangen werden, in dem eine Ausweitung auch auf andere Sportarten beziehungsweise Wirtschaftsbereiche gefordert wird. Heftigen Widerstand haben bereits Vertreter aus den neuen Ländern angekündigt, wo ein Großteil der Spitzenspieler und damit auch der Spitzengehälter zu Hause sind. Man werde sich entschieden gegen alle Vorhaben zur Wehr setzen, die über eine degressive Gestaltung der Prämien

oder gar deren Kappung zu Lasten der eigenen Mitspieler gehe, heißt es unisono und unabhängig von der politischen Couleur in den Landeshauptstädten Potsdam, Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Dresden. Unausgesprochen bleibt in diesem Zusammenhang, dass man dabei auf die Unterstützung der Bundestrainerin setzt, die ja bekanntlich ebenfalls aus Ostdeutschland kommt und bei ähnlichen Debatten in der Vergangenheit stets eine klare Position vertreten hat. Allerdings war sie damals noch keine Teamchefin und trug daher keine Verantwortung für das Ganze...

Schwache Gegner

Wie erfolgreich das Seehofer'sche Team sein wird, hängt vor allem von ihm selbst und seinem Spielführer ab. Zumindest die Gegner scheinen derzeit rein kräftemäßig nicht in der Lage, Paroli bieten zu können. Die Grünen träumen von glorreichen, aber vergangenen Zeiten in der Champions League und leiden allem Anschein nach zudem noch unter dem Phantomschmerz der entglittenen Macht. Die neu formierte Linkspartei versucht auch in der Agrarpolitik eine Symbiose aus einem bewährten postsozialistischen Spielsystem mit Elementen westdeutscher Regionalligen nach dem Motto „Small is beautiful“. Nur die FDP hat – wie es scheint – ihre Rolle gefunden, spielt munter drauf los und praktiziert ein aggressives Forechecking. Dabei wissen die Liberalen auf fast jede Spielsituation eine Antwort und wenn es nur darum geht, den Ball mit voller Wucht und über die Köpfe hinweg ins gegnerische Feld zurückzudreschen. Zwar kann dieses Spiel nicht wirklich gewonnen werden, aber es hat zumindest für die Zuschauer einen hohen Unterhaltungswert.



„Ich bin nicht neutral“

Fragen an die neue Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ulrike Höfken

Sie haben den Vorsitz im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernommen. Wie sehen Sie Ihre Rolle?

Höfken: Ich möchte dazu beitragen, dass sich der Ausschuss noch stärker als in der Vergangenheit mit den Herausforderungen befasst, die auf die Landwirtschaft und die ländlichen Räume zukommen.

Welche Herausforderungen sehen Sie?

Höfken: Kurzfristig drohen der ländlichen Entwicklung massive Einschnitte durch die beschlossene Kürzung in der 2. Säule der gemeinsamen Agrarpolitik. Wenn man davon ausgehen muss, dass die neuen Länder ab dem kommenden Jahr mit 30 % und die alten Länder gar mit 40 % weniger EU-Mitteln für die ländliche Entwicklung auskommen müssen als bisher, werden die Folgen verheerend sein. Da wird viel Gutes den Bach herunter gehen, was in den Dörfern angeschoben wurde. Dies gilt umso mehr, als mit der Anhebung der Mehrwertsteuer und anderem weitere Belastungen auch auf die Menschen in den ländlichen Räumen zukommen.

Was bedeutet das für die Arbeit im Ausschuss?

Höfken: Ich hätte mir gewünscht, dass die Mitglieder über die Fraktionsgrenzen hinweg ihre Stimme erhoben und auf die zu befürchtenden dramatischen Folgen für die ländlichen Räume hingewiesen hätten. Das ist bislang leider nicht geschehen.

Ist das nicht bloß Wunschdenken einer Oppositionspolitikerin?

Höfken: Nein. Ich kenne durch meine jahrelange Mitarbeit im Ernährungsausschuss die meisten Mitglieder auch der anderen Fraktionen sehr gut. Bei allen politischen Unterschieden bin ich überzeugt davon, dass sich die Mitglieder aller Fraktionen mit großem Engagement und mit Herzblut für die Interessen der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes einsetzen. Selbstverständlich wird im Einzelfall über die geeigneten Instrumente gestritten. Im Endeffekt waren wir uns aber bislang immer im Ziel einig, eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Menschen in den ländlichen Regionen zu verhindern. Umso erstaunter bin ich, dass die jetzt anstehenden Einschnitte, die dramatische Konsequenzen für die ländlichen Regionen haben werden, von den Mitgliedern der großen Koalition stillschweigend hingenommen werden.



Foto: privat

Wie wichtig sind die Beratungen in den Parlamentsausschüssen in Zeiten der großen Koalition?

Höfken: Unverändert gilt, dass im Ernährungsausschuss ernsthafte und tiefgehende Auseinandersetzungen zu wichtigen Fragestellungen geführt werden. Das geht weit über einen vordergründigen Schlagabtausch hinaus, auch wenn dies in den darauf folgenden öffentlichen Äußerungen und Pressemitteilungen der einzelnen Akteure nicht immer so deutlich wird. Klar ist aber auch, dass die einzelnen Abgeordneten der Koalitionsfraktionen viel weniger wichtig sind als es beispielsweise in der vorhergehenden Legislaturperiode der Fall war. Bei einer knappen Stimmenmehrheit kommt es nun einmal auf den einzelnen stärker an, als wenn die großen Fraktionen über mehr als zwei Drittel der Mandate verfügen. Vielleicht sollten die Abgeordneten der Koalition innerhalb ihrer Fraktionen

selbstbewusster auftreten und sich stärker Gehör verschaffen. Dies würde der Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen gut tun.



Neigen nicht gerade große Koalitionen dazu, Entscheidungen in Zirkeln außerhalb des Parlaments auszuhandeln und dann nur noch absegnen zu lassen?

Höfken: Diese Gefahr besteht natürlich, übrigens nicht nur in großen Koalitionen, aber da besonders. Dies liegt jedoch nicht im Interesse der einzelnen Abgeordneten in den Fachausschüssen. Sie müssen sich dafür einsetzen, dass wichtige Entscheidungen von ihnen beraten und beeinflusst werden. Diese gehören in das Parlament und nicht in Hinterzimmer.

Wird die Opposition von der großen Koalition überrollt?

Höfken: Zumindest für unseren Ausschuss kann ich das eindeutig verneinen. Themen, die die Oppositionsfractionen behandeln wollen, werden auf die Tagesordnung gesetzt. Das ist ein guter Brauch. Dabei hilft auch, dass sich die drei kleinen Fraktionen in diesen Fragen abstimmen. Dies muss von den Großen in der Regel akzeptiert werden.

Welche Möglichkeiten hat der Ausschuss, sich vertieft mit Themen auseinander zu setzen und dabei nicht nur im eigenen Saft zu schmoren?

Höfken: Es gab noch nie so viele Sachverständigenanhörungen wie in den letzten Monaten. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Ausschuss auch künftig davon rege Gebrauch machen wird.

Wie sinnvoll sind Anhörungen, bei denen sich jede Seite von „ihren Experten“ ihre bereits bestehende Auffassung bestätigen lässt?

Höfken: Dies mag es im Einzelfall geben. Nach meinen Erfahrungen stehen die Anhörungen jedoch in vielen Fällen auf einem hohen inhaltlichen Niveau. Sie tragen eigentlich immer dazu bei, einen differenzierten Blick auf die jeweiligen Probleme zu bekommen und zumindest zum vertieften Nachdenken anzuregen. Ob dies dann immer Änderungen an einem vorliegenden Gesetzentwurf zur Folge hat, steht auf einem ganz anderen Blatt. Ich möchte aber Anhörungen auch dazu nutzen, dass wir uns mit grundlegenden Fragestellungen auseinandersetzen, vor denen die Landwirtschaft und die ländlichen Räume stehen. Dies reicht von der künftigen Energieversorgung weltweit und in Deutschland, über die Verfügbarkeit weltweiter Ressourcen und mögliche Nutzungskonkurrenzen, die Auswirkungen des globalisierten Welthandels auf die heimische Nahrungsmittelerzeugung bis zu den Konsequenzen der demographischen Entwicklung auf die ländlichen Räume. Zu all dem brauchen wir die Einschätzungen von Wissenschaftlern und hochrangigen Experten, um uns eine Meinung für unser politisches Tun bilden zu können. Dabei ist auch klar, dass es nie die eine Lösung, sondern immer verschiedene Wege geben wird. Darüber lohnt es dann, den politischen Streit zu führen.



Wie sehen Sie ihre Rolle als Ausschussvorsitzende? Sind Sie mehr als eine Moderatorin?

Höfken: Selbstverständlich. Ich bin inhaltlich nicht neutral, sondern nehme in allen Fragen eine eindeutige Position ein. Dies betrifft die grüne Gentechnik, vor deren Einsatz ich weiterhin mit Nachdruck warne, ebenso wie die Einsicht, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter gehen wird und dabei größere Betriebe mit Arbeitnehmern eine immer wichtigere Rolle spielen werden. Auch darauf muss die Politik im Übrigen reagieren und ein besonderes Gewicht auf die Aus- und Weiterbildung der in der Landwirtschaft Beschäftigten legen. Ich bin kein neutrales Wesen und werde weiter mit Herzblut für die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume eintreten.

Sie sind Mitglied im Kuratorium der ASG. Welche Aufgaben sehen Sie in diesem Zusammenhang für die ASG?

Höfken: Die ASG verfügt aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrung über ein einzigartiges Know-How im Bereich der ländlichen Entwicklung. Durch ihre heterogenen und politisch breit gestreuten Mitglieder besitzt die ASG wie kaum eine andere Institution die Voraussetzungen, um sich kompetent in die Diskussion über die Zukunft der ländlichen Räume einzumischen. Sie muss es aber auch tun und darf sich nicht auf ihren historischen Verdiensten ausruhen. Gleichzeitig sollten Bund und Länder die ASG mit ihrem breiten Fundus an Wissen und Expertise nutzen und auf sie zurückgreifen. Dies kann für den Diskussionsprozess um die Zukunft der ländlichen Räume nur von großem Vorteil sein.

Rainer Münch

Vielschichtige Erwartungen an Bioprodukte

Elke Baranek*

Der Markt für ökologische Produkte ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Dennoch liegt der Anteil der Biolebensmittel am Gesamtlebensmittelmarkt in Deutschland noch immer unter 5 %. Ein wesentlicher Entwicklungsfaktor sind die Konsumenten und Konsumentinnen. Welche Erwartungen haben sie an Bioprodukte und welche Wünsche werden mit dem Kauf verbunden?

Differenzierter Blick ist notwendig

Kunden/-innen sind anspruchsvoller und kritischer geworden. Das gilt besonders im Hinblick auf die Produkte, die durch besondere Qualitätsmerkmale überzeugen wollen. Bioprodukte werden als derartige Qualitätsprodukte wahrgenommen. In den letzten zehn Jahren ist der Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen in Deutschland enorm gewachsen. Deutliche Indikatoren sind die Umsatzzuwächse von 14 % in 2005 gegenüber 2004 auf ca. 4 Mrd. € Diese positiven Zahlen können jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der Umsatzanteil von Bio-Lebensmitteln am gesamten Lebensmittelmarkt nur ca. 3 % betrug (BÖLW 2006). Gleichzeitig weisen diese Werte auf umfangreiche Entwicklungspotenziale hin. Langfristig können der Ausbau und die Stabilisierung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft nur erfolgreich

sein, wenn die Nachfrage nach ökologischen Produkten kontinuierlich ansteigt und damit verbunden relevante Marktanteile am Lebensmittelmarkt gesichert werden können. Das bedeutet, die Branche muss ihr Handeln stärker an den Wünschen der Konsumenten/-innen ausrichten, was sehr genaue Kenntnisse darüber voraussetzt, wer Bio-Produkte konsumiert und welche Erwartungen die Konsumenten/-innen haben. Nicht zuletzt deshalb liegen zu dem Thema 'Verbraucher und Öko-Produkte' eine Reihe von – sich teilweise ergänzenden, teilweise auch widersprechenden – Forschungsarbeiten vor (vgl. Schäfer/Schade 2002, Bruhn 2002, ISOE 2003, SINUS 2002, SINUS 2003, SINUS 2006). Die massiven Absatzsteigerungen sowie das allgemein prognostizierte Marktpotenzial indizieren, dass die weitere Verbraucherforschung verstärkt konsumententypologische Aspekte berücksichtigen sollte.

Kundinnen und Kunden stehen im Fokus

Diesem Schwerpunkt widmete sich ein Teilprojekt¹ der SÖF-Nachwuchsgruppe „Regionaler Wohlstand neu betrachtet“². Ausgehend von einer an Lebensstilmerkmalen orientierten Konsumentencharakteristik wurde mit Methoden der qualitativen Sozialforschung³ bei Berliner Kundinnen und Kunden untersucht, welche Faktoren den Kaufprozess bei Biolebensmitteln fördern und behindern. Von Interesse war sowohl, welche konkreten Produkthanforderungen formuliert werden, als auch welches Image Biolebensmittel haben und welche Wertschätzung ihnen im Kontext der täglichen Ernährung und verstetigter Essgewohnheiten entgegengebracht wird. Die Ergebnisse sind Ausgangspunkt für die Entwicklung von Kommunikationsmaßnahmen, die zur Steigerung des Konsums von Biolebensmitteln beitragen und eine Imageprägung insbesondere im regionalen Kontext befördern sollen.

* Elke Baranek, Zentrum Technik und Gesellschaft an der TU Berlin, Fon (030) 31 42 55 73, E-Mail elke.baranek@snafu.de

¹ In dem Teilprojekt wird auch ein Dissertationsvorhaben, das am Fachgebiet Agribusiness und Agrarmarketing der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt ist, realisiert.

² Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Sozial-ökologischen Forschung (SÖF) von 2002-2007 gefördert. Näheres zum Projekt ist unter www.regionalerwohlstand.de zu finden.

³ Die Ergebnisse basieren auf 12 typhomogenen Gruppendiskussionen mit insgesamt 87 Kundinnen und Kunden zwischen Mai 2004 und Februar 2005 sowie einer Befragung von 168 Biokundinnen und Biokunden, die im Juni 2005 durchgeführt wurden.

Verschiedene Typen von Bioprodukt-Käufern und -Käuferinnen

Die Untersuchung von sechs an Lebensstilmerkmalen orientierten Konsumentencharakteren, die prinzipiell ein aufgeschlossenes Verhältnis gegenüber „Bio“ haben, verdeutlicht vielfältige typübergreifende und typspezifische Anforderungen an Bioprodukte. Typübergreifend wird formuliert, dass Bioprodukte vor allem gut schmecken und gesund sein sowie aus der Region kommen sollen. Der Erfüllungsgrad dieser Motive ist dabei für die Konsumentinnen und Konsumenten nur bedingt überprüfbar. Beispielsweise wird der Gesundheitswert an der Schadstoff- und Pestizidarmut bemessen, die beim Kauf der Produkte weder sichtbar noch kontrollierbar ist. Konsumentinnen und Konsumenten müssen deshalb darauf vertrauen, dass Bioprodukte ihre produktionstechnisch verankerten Versprechen einlösen.

Typspezifisch wird deutlich, dass sich Stellenwert und Bedeutung des Essens im Alltag unterscheiden. Damit sind auch individuelle Anforderungen an Bioprodukte verbunden. Die Orientierungen der sechs Konsumentencharaktere werden im Folgenden vorgestellt.

Typ 1: Essen ist Genuss – Bioprodukte müssen „etwas Besonderes“ sein

Der „*Baum-Haus-Kind*“-Typ sieht sich selbst in einer privilegierten Lebenssituation, die ihm zahlreiche Wahlfreiheiten auch im Hinblick auf Ernährung und Lebensmittelverwendung erlaubt. Er strebt ein bewusstes Leben entsprechend seiner Wertvorstellungen an und setzt sich kritisch mit davon abweichenden Lebenseinstellungen auseinander. Das gilt sowohl für den „Billig-Trend“ als auch für das „Müsli-Image“ und die „ideologische Aufladung“ von Bioprodukten. Dem Thema Essen bringt er eine hohe Wertschätzung entgegen. Dementsprechend wählt er seine Lebensmittel überwiegend gezielt aus und befasst sich sehr intensiv mit Ernährungsthemen. Gegenüber Bioprodukten hat er eine große Offenheit und verbindet mit einzelnen Produkten oder Produktgruppen positive Qualitätsmerkmale. Diese positive Beurteilung resultiert aus seinen eigenen Erfahrungen. Kommunikationsmaßnahmen der Biobranche werden von diesem Typ entweder nicht wahrgenommen oder überzeugen ihn weder auf emotionaler noch auf faktischer Ebene.

Typ 2: Essen sichert Lebensqualität – Bioprodukte müssen nachhaltig und preiswert sein

Der „*Lieber sein als haben*“-Typ ist vielseitig interessiert und sehr gut ausgebildet. Er orientiert sich an postmateriellen Werten und vertritt häufig kritische Positionen zu gesellschaftlichen Themen wie Globalisierung und Konsumorientierung. Er gehört zur Kerngruppe der Bio-Konsumenten und -konsumentinnen. Allerdings wird auch hier seine überaus kritische und teilweise ambivalente Haltung deutlich. Beispielsweise kritisiert er einerseits den Billigtrend, andererseits agiert er äußerst preissensibel und achtet sehr darauf, zu einem möglichst günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis einzukaufen. Biokonsum ist für ihn eng verknüpft mit dem Wissen um gesunde Ernährung. Darüber hinaus sieht er in der Förderung der Biobranche auch eine politische Aufgabe, weil seiner Ansicht nach Bioprodukte ganzheitliche Qualitätsparameter (Umwelt, Ethik etc.) erfüllen. Der Informationsbedarf dieses Typs ist groß und sehr konkret, bspw. in Bezug auf Fakten zu Produktions- und Verarbeitungstechniken.



Fotos: M. Busch



Typ 3: Essen ist Kompensation – Bioprodukte müssen gesund und „einfach“ sein

Der „Leistungs-/Lust“-Typ befreit sich als privilegiert. Er hat eine sehr gute Ausbildung und damit verbunden ein vergleichsweise hohes Einkommen. Freunde spielen eine wichtige Rolle in seinem Leben, während Familie und Kinder eine eher untergeordnete Bedeutung haben. Seine Interessen richten sich auf die berufliche Karriere und spannende Freizeitaktivitäten. Zu Lebensmitteln und dementsprechend auch Bioprodukten hat er ein wenig ausgeprägtes Verhältnis. Ernährung ist primär ein untergeordnetes Thema. Lebensmittel müssen gut schmecken und sollten gesund sein. Bioprodukte erfüllen diese Ansprüche in hohem Maße und geben damit ein „gutes Gefühl“ – auch als Kompensationsmittel für einen ansonsten unregelmäßigen und ungesunden Alltag. Dieser Typ hat eine hohe Erwartungshaltung gegenüber einer Service- und Dienstleistungskultur. Er wünscht sich unternehmerische Aktivitäten, die sein Leben vereinfachen und ihm mehr (Frei-)Zeit erlauben.

Typ 4: Essen ist Gemeinschaft – Bioprodukte müssen schmecken und bezahlbar sein

Lebensmittelpunkt des „Ich brauch Wurzeln“-Typs sind familiäre Bindungen und Strukturen. Diese bestimmen den Alltag und haben einen großen Einfluss auf das Ernährungs- und Einkaufsverhalten. Das gemeinsame Essen hat einen hohen Stellenwert. Das ist die Zeit, die genussvoll miteinander verbracht und zum gegenseitigen Austausch genutzt werden kann. Verbunden damit ist der Anspruch, Speisen zuzubereiten, die allen Familienmitgliedern schmecken. Der Hauptverantwortungsbereich für Ernährungsthemen liegt dabei bei den Frauen. Diese sind bemüht, die Anforderungen aller zu erfüllen und darüber hinaus den Speiseplan möglichst gesund und preiswert zu gestalten. Wenn es möglich ist, werden auch Bioprodukte gern gekauft. Sie haben angesichts eines begrenzten Familieneinkommens jedoch keine oberste Priorität und kommen nur dann in Frage, wenn sie einen klaren Vorteil gegenüber konventionellen Produkten bieten. Diese Vorteile sind aufgrund von Informationsdefiziten nicht immer bewusst.

Typ 5: Essen strukturiert das Leben – Bioprodukte müssen mehr bieten

Für den „Keine Experimente“-Typ gehören Werte wie Verantwortungsbewusstsein und Pflichterfüllung zu den Grundsätzen des eigenen Lebens. Er blickt meist auf ein aktives und erfolgreiches Berufsleben zurück, das durch eine harmonische Familie getragen wurde. Mit den aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen setzt er sich intensiv auseinander. Allerdings lösen viele Entwicklungen Unverständnis und Orientierungslosigkeit aus. Zum Essen hat dieser Typ eine hohe Affinität, weil es das Leben strukturiert und die Familie bzw. die Gemeinschaft zusammenhält. Wichtig sind Genuss, Gesundheit und ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis. Ernährungsthemen wird ein großes Interesse entgegen gebracht. Gegenüber Bioprodukten herrscht einerseits Aufgeschlossenheit aber auch ein tiefes Misstrauen. Die Überzeugungskraft von Informationen und Werbung ist hier eher gering.



Typ 6: Essen ist wichtig für Körper und Seele – Bioprodukte müssen vielfältig sein

Für den „*Wer nicht wagt, der nicht gewinnt*“-Typ sind Spaß, Freude, Individualität und Selbstverwirklichung wichtige Lebensziele. Er sieht sein Leben nicht in festen Bahnen, sondern ist bereit, immer wieder Neues auszuprobieren: als Single, in einer Lebenspartnerschaft oder in der Familie. Wichtig ist ihm die aktive Gestaltung des eigenen Lebens, beruflich wie privat. Essen ist für ihn ein wichtiger Bestandteil des Lebens, auch weil es Kontakte und Anknüpfungspunkte zu Menschen schafft. Bioprodukte werden in ihrer Ganzheitlichkeit gesehen und bewertet, wobei ihm unklar ist, welche Attribute „offiziell“ mit diesen Produkten verbunden werden können. Das Image von „Bio“ ist für ihn eher diffus und schwer fassbar. Da das eigene Einkommen dem (Bio-)Konsum Grenzen setzt, entscheidet er sich immer wieder neu, wann welche Bioprodukte gekauft werden. Gründe für den

Kauf von Biolebensmitteln sind beispielsweise Kinder oder auch Krankheiten.

„Bio“ erfordert mehr: Qualität, Vertrauen und Kommunikation

Qualität als komplexer Anspruch

Die Qualitätsansprüche, die Konsumentinnen und Konsumenten an Bioprodukte stellen, sind komplex und mit Einstellungen zum Essen und zur Ernährung verknüpft. Im Wesentlichen zeigen sich zwei Grundtendenzen: Zum einen wird Qualität mit der Befriedigung individueller Bedürfnisse gleich gesetzt: die Produkte sollen bspw. schadstoffarm, vitaminreich, geschmackvoll und gesund sein sowie gut aussehen. Zum anderen besteht ein „ganzheitlicher“ Qualitätsanspruch: Bioprodukte müssen aus artgerechter Tierhaltung stammen, mit Umweltschutzanforderungen konform gehen, fair gehandelt sein und aus der Region kommen.

Zusatznutzen von Bioprodukten als Vertrauenseigenschaft

Den größten Einfluss auf die Lebensmittelwahl hat die erwartete Produktqualität in Kombination mit dem zu zahlenden Preis. Gesucht werden vor allem geschmackvolle und gesunde Lebensmittel zu einem angemessenen Preis-Leistungs-Verhältnis. Damit werden vordergründig die Produkteigenschaften nachgefragt, die den Grundnutzen eines Produkts umfassen. Produktmerkmale, die Bioprodukte qualifizieren, wie ökologische Produktionsverfahren oder artgerechte Tierhaltung zählen zum Zusatznutzen. Dieser ist häufig schwer zu erfassen, weil er sich in erheblichem Maße aus den Vertrauenseigenschaften eines Produkts konstituiert. Vertrauen in Biolebensmittel äußerten vor allem Konsumentinnen und Konsumenten, die über positive Erfahrungen mit konkreten Produkten oder über positive persönliche Kontakte zu Herstellern oder Anbietern verfügen. Darüber hinaus stärken Kontrollmechanismen und Testberichte sowie das faktische Wissen über Produkteigenschaften das Vertrauen. Für den Kauf entscheidend ist die Grundüberzeugung, dass Bioprodukte „ihr Geld“ wert sind und die eigenen Ansprüche im Höchstmaß erfüllen. Dann werden auch höhere Preise kaum in Frage gestellt.



Foto: I. Fähring

Qualität muss kommuniziert werden

Entscheidend für die Wahl von Bioprodukten ist der persönliche (Mehr-)Nutzen, der mit dem Kauf realisiert werden kann. Dabei wird sehr sorgfältig abgewogen, ob das erwartete Preis-Leistungs-Verhältnis stimmig ist und ob den Qualitätsversprechen vertraut werden kann. Da die besonderen Eigenschaften von Bioprodukten von vielen Konsumentinnen und Konsumenten nur eingeschränkt wahrgenommen werden, stellt deren Vermittlung sowie die Schaffung von Vertrauen in hohem Maße ein Kommunikationsproblem dar. Die unterschiedlichen Anforderungen und Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten müssen deshalb in zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategien aufgenommen werden. Das bedeutet für die Einen, Bioprodukte als etwas Besonderes zu präsentieren, indem ihre Exklusivität und ihre hohe Qualität betont werden. Für Andere geht es um detailliertes Wissen über Produktions- und Verarbeitungsprozesse, fairen Handel und Angebotsstrukturen. Übergreifend ist die Kommunikation von Authentizität eine wichtige Aufgabe. Das setzt eine klare Identität der Branchenakteure voraus. Für die Branche bedeutet das über die Produktpositionierung im Markt eine Positionierung in der Gesellschaft – insbesondere deshalb, weil spätestens mit Einzug von Bioprodukten in den Discounter die Ausdifferenzierung und Vielschichtigkeit der Akteure unübersehbar geworden ist. In diesem Wechselspiel können Stärken leicht zu Schwächen werden – wie Forderungen nach „Endideologisierung“ der Produkte zeigen. Discountbioprodukte erfüllen diesen Anspruch in hohem Maße, wecken allerdings erhebliche Echtheitszweifel, weil ein Vertrieb in

Discountern bei Kundinnen und Kunden kaum mit Grundüberzeugungen des Anbieters verbunden werden kann. Mit dem Bio-Siegel wurde zwar ein Schritt in Richtung Transparenz und Vertrauensbildung gemacht, allerdings sind die Potenziale für eine Imagebildung hier noch lange nicht ausgeschöpft (Enneking/Ott/Hoffmann 2002).

Konsumentinnen und Konsumenten geht es um das „fragwürdige Mehr“ von Bioprodukten im Vergleich zu konventionellen Produkten und dieses „Mehr“ muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln realisiert und kommuniziert werden. ■■

Literatur

BÖLW – Bund ökologischer Land- und Ernährungswirtschaft (2006): Die Ökologische Lebensmittelwirtschaft in Deutschland: Zahlen, Daten, Fakten. Bilanzpressekonferenz zur Biofach am 15.02.2006, Nürnberg

Bruhn, M. (2002): Die Nachfrage nach Bioprodukten: Eine Langzeitstudie unter besonderer Berücksichtigung von Verbrauchereinstellungen, Frankfurt a.M.

Enneking, U.; Ott, B. u. Hoffmann, B. (2002): Marktforschungsstudie zum Biosiegel, Göttingen

ISOE, Institut für sozial-ökologische Forschung (HG.) (2003): Zielgruppen für den Bio-Lebensmittelmarkt. Eine empirische Untersuchung im Auftrag der Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Endbericht, Frankfurt am Main

Schäfer, M.; Schade, G. (2002): Wege zur Verbreitung ökologisch produzierter Nahrungsmittel in Berlin-Brandenburg - Der Beitrag verschiedener Vertriebs- und Vermarktungsformen zur Produktdiffusion und zur Diffusion des Nachhaltigkeitsgedankens. Berlin: Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus der Humboldt-Universität zu Berlin (Humboldt-Universität zu Berlin Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät - Working Paper)

SINUS (2002): Strategische Zielgruppenanalyse für den Öko-Ernährungsmarkt. Sinus Sociovision GmbH, Heidelberg

SINUS (2003): Das Produktimage von Öko-Nahrungsmitteln – Qualitativ-psychologische Untersuchung für die CMA. Sinus Sociovision GmbH, Heidelberg

SINUS (2006): Unterschiede zwischen Bio-Käufern und Bio-Nichtkäufern, bio verlag GmbH, Aschaffenburg

Stellungnahme der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung:

Bundesrechnungshof zeichnet ein verzerrtes Bild

Die positiven Entwicklungen zur Umsetzung der Organisationsreform in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung werden vom Bundesrechnungshof in einem Entwurf des Berichtes zur Evaluierung der Organisationsreform nur unzureichend gewürdigt. Darauf machen die Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und die Spitzenverbände in einer Kurzstellungnahme zu dem Bericht aufmerksam.

In der Stellungnahme wird insbesondere der oberflächliche Umgang des Bundesrechnungshofes mit den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der LSV-Träger kritisiert. So werden die Verwaltungskosten der LSV-Träger um jährlich etwa 10 Mio. € zu hoch angesetzt, weil die Personalkosten für den Bereich der Pfl-

geversicherung von den Prüfern doppelt aufgerechnet wurden. Ferner wird auf Seiten der landwirtschaftlichen Sozialversicherung festgestellt, dass die Träger seit 2001 durch massive Anpassungen in den Personal- und Verwaltungsstrukturen und durch eine Konzentration der Aufgaben die Zahl der Beschäftigten reduziert und auch den Aufwand für die Personalkosten entsprechend verringert haben. Das Einsparpotenzial von 157 Mio. € das der Bundesrechnungshof in den kommenden Jahren sieht, ist nicht belegt.

Auch die Aussagen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft geben die Entwicklungen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung nicht zutreffend wieder. Im System bleibt weiterhin ein hoher sozialversicherungsrechtli-

cher Betreuungsaufwand für Rentempfänger, befreite Personen, Empfänger von Beitragszuschüssen sowie zeitweise Versicherte in einer Größenordnung von über 1 Mio. Fällen. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Verwaltungskosten des Gesamtsystems im Jahr 2005 rund 4,8 % betragen. Würde der Leistungsaufwand der landwirtschaftlichen Sozialversicherung an die Verhältnisse der allgemeinen Sozialversicherung angepasst, betrügen die Verwaltungskosten lediglich 3,1 % des Gesamtaufwandes.

Festzustellen bleibt, so die Spitzenverbände, dass sich die landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger in allen Bereichen rechtskonform und im Sinne ihrer Mitglieder verantwortungsvoll und wirtschaftlich verhalten. 

Landwirtschaftliche Rentenbank:

Positive Förderbilanz 2005

Dr. Karin Gress*

Anfang Mai 2006 stellte Dr. h. c. Uwe Zimpelmann, Sprecher des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, den Jahresabschluss 2005 vor. Er zeigte sich sehr zufrieden mit dem guten Ergebnis des vergangenen Jahres und blickte angesichts des bisherigen Verlaufs des neuen Geschäftsjahres zuversichtlich auf das Jahr 2006. Als Schwerpunkt des diesjährigen Geschäftsberichts stellte er die Situation der Milchwirtschaft im Spannungsfeld zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und Discountern vor.

Bilanzgewinn 2005: 10,0 Mio. € für die Förderung der Landwirtschaft

Im Geschäftsjahr 2005 konnte die Förderbank für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum das Betriebsergebnis vor Risikoversorge und Bewertungsergebnis um 5,6 % auf 182,1 Mio. € (172,4) steigern. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich nur leicht auf 35,8 Mio. € (35,3).

* Dr. Karin Gress, Landwirtschaftliche Rentenbank, Fon (069)2107-393, Fax (069)2107-447, E-Mail: gress@rentenbank.de

Verbesserte Ertragslage und strafes Kostenmanagement hatten einen weiteren Rückgang der Cost-Income-Ratio von 17,8 auf 17,1 % zur Folge. Der Jahresüberschuss wird in der Gewinn- und Verlust-Rechnung 2005 mit 40,0 Mio. €(38,0) ausgewiesen. Nach Abzug der Gewinnrücklagenzuführung in Höhe von 30,0 Mio. €(28,5) verbleibt ein Bilanzgewinn von 10,0 Mio. €(9,5), der für eine das Allgemeininteresse wahrende Förderung der Landwirtschaft ausgeschüttet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds zugeführt wird. Schwerpunkte des Förderungsfonds bildeten im Geschäftsjahr 2005 Zuschüsse für agrarbezogene Forschungsprojekte und die Weiterbildung des landwirtschaftlichen Berufsstands.

Bestand mittel- und langfristiger Förderdarlehen 6,2 % über dem Vorjahr

Auf Grund des höheren Förder volumens wuchs die Bilanzsumme 2005 um 6,8 % (7,9) auf 77,0 Mrd. €(72,1). Der Bestand mittel- und langfristiger Förderdarlehen valutierte am Jahresende mit 34,2 Mrd. €(32,2) um 6,2 % (4,9) über dem Vorjahr. Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten mit einem Plus von 18,6 % (14,4) auf 10,5 Mrd. €(8,8) erneut die Darlehen der Sonderkreditprogramme. Der Anteil dieser für spezielle Förderzwecke und Hilfsmaßnahmen angebotenen und mit besonders günstigen Konditionen ausgestatteten Kredite stieg auf 30,6 % (27,4) des gesamten mittel- und langfristigen Darlehensvolumens.

Förderkredite zur Finanzierung erneuerbarer Energien wachsen überdurchschnittlich

Das Neugeschäft bei Sonder- und Programmkrediten stieg 2005 auf 2,8 Mrd. €(2,2). Die überdurchschnittliche Steigerung reflektiert vor allem eine deutlich höhere Nachfrage nach Finanzierungen im Bereich erneuerbarer Energien. Die für diesen Verwendungszweck zugesagten Förderdarlehen erreichten 2005 insgesamt 689,6 Mio. €(525,0).



Schwerpunkt: Steigender Wettbewerbsdruck stellt Milcherzeuger und Molkereien vor neue Herausforderungen

Die absehbare Liberalisierung und Internationalisierung des europäischen Milchmarktes werde den Strukturwandel in der deutschen Milchwirtschaft sowohl auf Erzeuger- als auch auf der Ebene der Verarbeiter weiter vorantreiben. „Der Erfolg im Standortwettbewerb wird dabei zunehmend nicht nur von der Leistungsfähigkeit einzelner Landwirte oder Molkereien abhängen, sondern von der Effizienz der gesamten Wertschöpfungskette“, so Dr. Zimpelmann. Die Milchproduktion habe für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Bedeutung. Für die Landwirtschaft sei sie die wichtigste Einkommensquelle: etwa ein Fünftel des landwirtschaftlichen Produktionswertes entfalle auf Milch. Mit einem Umsatzanteil von rd. 17 % sei die Milch verarbeitende Industrie außerdem die zweitgrößte Einzelbranche der deutschen Ernährungswirtschaft. Innerhalb der Europäischen Union sei Deutschland gleichzeitig größter Produzent und größter Absatzmarkt für Milch und Milchprodukte. Die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen erfordere langfristige Investitionsentscheidungen und den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel. Sie setzten eine möglichst hohe Planungssicherheit voraus. „Frühzeitige politische Signale über Art, Ausmaß und Zeitpunkt beabsichtigter Neuregelungen sind dabei mindestens genauso wichtig wie die jeweilige konkrete Ausgestaltung“, so Dr. Zimpelmann.

Im europäischen Vergleich günstige Produktionsstrukturen wiesen bereits jetzt die Milchviehbetriebe in den neuen Bundesländern, in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen auf. Umsätze und Preisniveau für Lieferrechte an den Milchquotenbörsen belegten, dass es in allen Regionen wachstumswillige und investitionsbereite Betriebe gebe. Sie dürften von der Abschaffung der Mengenregulierung durch niedrigere Quotenkosten und geringere Strafabgaben profitieren und könnten damit zumindest einen Teil des Milchpreistrückgangs kompensieren. Für den Milchabsatz benötigten sie starke und erfolgreiche Molkereien an ihrer Seite. Gleichzeitig sei insbesondere für Molkereien, die eine Kostenführerschaft anstrebten, eine landwirtschaftliche Basis wichtig, die bei relativ geringen Auszahlungspreisen rentabel arbeiten könne und räumlich arrondiert sei. Im zukünftigen Wettbewerb hätten aber auch Landwirte Chancen, die spezialisierte Molkereien beliefern. Über die Herstellung von Spezialitäten, Marken und innovativen Produkten könnten diese dem Preiswettbewerb zumindest teilweise ausweichen und eine höhere Wertschöpfung erzielen. Hier könnten auch kleinere Milchviehhalter erfolgreich sein, wenn sie ihre Produktion entsprechend ausrichteten.

Resolution von Bleiwäsche 15:

Leerstand von Gebäuden in Dörfern – Beginn der Dorfauflösung oder Chancen durch Umnutzung?

Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Verwaltung, Planung und Praxis trafen sich vom 14. bis 16. Mai 2006 zum 15. interdisziplinären Dorfsymposium in Bleiwäsche bei Paderborn. Im Brennpunkt standen Fragen der Gebäudeum-nutzung sowie die Vorstellung von Handlungsstrategien, Förderprogrammen und gelungenen Beispielen aus Kommunen. Die Tagungsteilnehmer/-innen fassten ihren Dialog in der folgenden Resolution zusammen:

1. Schrumpfung und kaum Wachstum

Landwirtschaftliche und gewerbliche Tätigkeiten spielen in den meisten Dörfern heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Immer mehr alte Gebäude und ganze Gehöfte stehen leer, während sich Neubautätigkeiten seit Jahrzehnten auf die Dorfränder konzentrieren. Dies gilt für ganz Deutschland. Doch sind der Osten und Norden stärker betroffen als der Westen und Süden. Durch Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung sowie Verlust der Basisinfrastruktur im ländlichen Raum drohen manche Dörfer zu veröden.

Fallweise gibt es auch wachsende Dörfer, besonders in verkehrsmäßig gut erschlossenen und in landschaftlich reizvollen Räumen, vor allem nahe der Ballungszentren. Die Abfolge oder das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung sind normale historische Prozesse. Der jetzt vorherrschende Rückgang kann der Start zum Neuanfang sein.

2. Leerstände – Probleme und Lösungen

Detailstudien zeigen, dass Leerstände von Gebäuden im ländlichen Raum weit umfangreicher sind als zumeist angenommen. Da oft exakte Daten fehlen, bedarf es auf kommunaler Ebene einer umfassenden empirischen Analyse der Leerstände und deren jeweiliger Ursachen. Auf dieser Basis sind fallspezifische Lösungen für die einzelnen Dörfer von der Gebäudeum-nutzung und dem -umbau bis hin zum Gebäudeab-riss zu verwirklichen.

Es gibt eine Fülle guter Beispiele für die Wiedergewinnung, den Erhalt und die Erweiterung dörflichen Lebens und Wirtschaftens. Doch selbst Experten sind hierüber bisweilen unzureichend informiert. Eine allgemeine, im Internet zugängliche Informationsbörse sollte vorhandene regional oder lokal zugängliche Kenntnisse zusammenfügen.

Eine strategische Politik für den ländlichen Raum fehlt jedoch. Langfristige Perspektiven sind nicht in Sicht. Reduzierte oder im zukünftigen Förderumfang noch unbekanntes öffentliche Mittel, insbesondere der EU, führen zu Planungsunsicherheit. Stellenabbau im öffentlichen Sektor und schwierige Auftragslagen privater Unternehmer lassen die Zahl der kreativen Experten für den ländlichen Raum zurückgehen. Daher sind an den Hochschulen integrative Studiengänge für den ländlichen Raum zu fördern.

Viele Menschen suchen in der internationalisierten Welt Heimat, und sie finden oft Identifikation und Orientierung in Dörfern und Kleinstädten. Das Wissen und das Handeln dieser und gerade der älteren Menschen aktiv in die Entwicklung der ländlichen Räume zu integrieren, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zuwanderer können hierbei innovative Aufgaben übernehmen.



Foto: Bleiwäischer Kreis 15

3. Reduktion als Chance

Die Ausweisung von Neubaugebieten im ländlichen Raum ist nur noch dann sinnvoll, wenn das vorhandene Gebäude- und Raumpotential in den Kernen ausgeschöpft ist. Sollen nicht ganze Dörfer oder deren Innenbereiche veröden und sollen sie in ihrer Vielfalt der Gebäude und Gärten bewahrt bleiben, ist die Umnutzung vorhandener Bausubstanz oberstes Ziel. Abriss und Neubau sind dabei in ortsbildtypischer und funktionsgerechter Weise im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft zu verbinden.

In dem aktuellen raschen Veränderungsprozess liegt eine große Zukunftschance, die Geduld und Kreativität im Umgang mit dem Überkommenen verlangt. Wesensmerkmale der vielfältigen ländlichen Kulturräume sind nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln. Dort, wo im ländlichen Raum Initiativen entstehen oder Hilfe zur Selbsthilfe nötig wird, sind Politik, Verwaltung und Planung gefordert. Das Dorf der Zukunft wächst aber vor allem aus den Potenzialen der im Dorf lebenden Menschen. ■■

Weitere Informationen unter: www.uni-due.de/geographie/henkel

Vital Villages – Kulturdörfer Europas

Andrea Hoffmann*

Die jährlich wechselnde Einrichtung einer „Kulturhauptstadt Europas“ ist weit bekannt. Dass es aber seit 1999 auch eine Vereinigung der „Kulturdörfer Europas“ gibt, wissen viele nicht. Dabei sind es gerade die kleinen Dörfer und die ländlichen Regionen, die in besonderem Maße vom Aussterben und dem kulturverändernden Wandel betroffen sind. Die „Vital Villages“ – die kulturellen Dörfer – wollen aktiv und kreativ etwas dagegen unternehmen.

Kulturdörfer wollen dörfliches Leben und dörfliche Kultur in der EU stärken

Die Kulturdörfer haben sich nicht aufgrund ihrer einzelnen herausragenden Bedeutung für die sog. „Hochkultur“ zusammengefunden, denn berühmte Dichter oder Komponisten, Maler oder Erfinder sucht man in ihren Chroniken

* Andrea Hoffmann, Kulturwissenschaftlerin, Eicklingen, Fon (05149) 18 66 93, E-Mail wort_werk@web.de



Fotos: Reinhard Grosche

Kulturdorf 2006 Schachdorf Ströbeck



meist vergeblich. Sie verbindet vielmehr das gemeinsame Bekenntnis – niedergelegt in einer Charta der Dörfer – zu der Idee, dass „das dörfliche Leben wichtig ist für die Zukunft und den Wohlstand Europas.“¹

Im niederländischen Wijk aan Zee wurde 1999 von zunächst elf Dörfern die Organisation der europäischen Kulturdörfer „Vital Villages“ ins Leben gerufen. Sie sollte auf das Leben und die Kultur in den Dörfern Europas aufmerksam machen, ihrem Erhalt helfen und sie in einer der Zukunft zugewandten Weise unterstützen. Es fand sich eine engagierte Gemeinschaft mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Bereits 1989 hatte das dänische Dorf Tommerup als Reaktion auf den Fall der Berliner Mauer mehrere Hundert Menschen aus dem früheren Ostblock zu einem inhaltlichen Austausch eingeladen. Als Reaktion auf die Wahl Kopenhagens zur Kulturhauptstadt Europas des Jahres 1996 hatte sich das Dorf selbst zum „Kulturdorf“ erklärt. Im selben Jahr veröffentlichte Bert Kisjes aus dem niederländischen Wijk aan Zee in der Lokalzeitung „De Jutter“ sein Manifest „Over Dorpen“ (Über Dörfer), das den ersten Schritt zur Gründung der

Kulturdörfer darstellen sollte. „Ich habe die Großstadt immer als den großen Magneten angesehen, in dem ‚etwas geschieht‘, die Welt der unbegrenzten Möglichkeiten“ erklärte Kisjes in der Rückschau. „Aber plötzlich erkannten wir, dass diese Möglichkeiten ganz und gar nicht unbegrenzt waren. Die Stadt hatte auch Probleme, die sie nichts selbst lösen konnte. So entstand Raum für Dörfer.“²

In der Präambel der Charta der Dörfer haben die elf unterzeichnenden Gemeinden ihr Credo festgeschrieben: „Wir glauben, dass das Dorfleben sehr wichtig ist für die Zukunft und den Wohlstand Europas, und dass alles, was möglich ist, getan werden sollte, um dieses Ziel zu fördern.“ Die umfangreiche Charta betont die Bedeutung der ländlichen Entwicklung und Kultur sowie des kulturellen Erbes, die Wichtigkeit von Landwirtschaft, Tourismus, Verkehrswesen, Bildung und Erziehung sowie des Wirtschaftslebens. Das Dorf sollte nicht mehr nur aus der städtischen Perspektive beschrieben und analysiert, sondern seine Qualitäten aus der Sicht der Dörfler, der dörflichen Gemeinschaft, dargestellt werden. Auf der Website ist nachzulesen: „Aim is to be vital villages in an urban world“.

Die Initiative der Kulturdörfer ist basisdemokratisch aufgebaut und lebt vom Engagement der Aktivistinnen aus allen Teilen der Dorfbevölkerung. So erklärte José Luis Villaverde Amieva aus dem spanischen Porrúa „Das schöne am Kulturdorf-Projekt ist, dass es eben nicht von oben, von der Regierung, kontrolliert wird. Es ist eine Initiative des einfachen Volkes“.³ Neben der praktizierten Kultur soll auch für eine verbesserte Kooperation von Kreisregierung und Dorf gearbeitet werden und das „drastische Begrenzen von Formalität“ ist ausgesprochenes Ziel dieser Eigeninitiative, die ohne äußeren – d. h. hier urbanen oder administrativen – Impuls entstand. Die informelle Demokratie und die Kooperation jenseits fest gefügter Strukturen ist eine Stärke der Initiative mit flacher Hierarchie. Alteingesessene und Neubürger, Honoratioren und Vereinsmuffel, Jung und Alt kooperieren über Landesgrenzen hinweg. Gemeinsam ist ihnen, dass alle beteiligten Dörfer früh eigenes Selbstbewusstsein ausprägten und eigene Kulturinitiativen angestoßen haben. Ihnen kommt in der ländlichen Welt eine Vorreiterrolle zu. Die „Kulturdörfer Europas“ haben ihre Aktivitäten aus eigenem Antrieb begonnen, aus dem

¹ Zitiert aus der Charter of Villages

– Charta der Dörfer nach Jacky de Vries: Vital Villages

– Seven years Cultural Village of Europe / Sieben Jahre Kulturdorf Europas. Wijk aan Zee 2003, S.11

² de Vries S.15

³ de Vries, S.19

Bewusstsein heraus, etwas bewegen zu müssen, damit ihr Dorf „Heimat“ bleiben kann. Sie sind kein geschlossener Kreis. Beim Tag des europäischen Dorfes, der 2005 im französischen Le Caylar in der Provence abgehalten wurde, erging die ausdrückliche Einladung an weitere interessierte Dörfer, sich der Initiative anzuschließen, die Charta zu unterzeichnen und aktiv mit zu tragen.

Schachdorf Ströbeck Kulturdorf 2006

Das Schachdorf Ströbeck in Sachsen-Anhalt, zwischen Harz und dem Höhenzug Huy gelegen, ist „Kulturdorf des Jahres“ 2006 und Deutschlands Vertreter bei den Kulturdörfern. Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und der Beherbergung internationaler Gäste aus den anderen Kulturdörfern wird es für Austausch, Kontakt und Diskussionen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen, die die Dörfer betreffen, sorgen. Jugendliche aus den „kulturellen Dörfern“ treffen sich im Sommercamp.

Das Schachdorf Ströbeck wurde wegen seiner jahrhundertealten Schachtradition als deutscher Vertreter aufgenommen. Bereits seit dem Mittelalter ist das Schachspielen im dörflichen Leben des Ortes verankert. Vielfach wurde ihm wissenschaftliche und publizistische Aufmerksamkeit und Ehrung im In- und Ausland zuteil. Eine Lebenschachgruppe besteht seit den 1680er Jahren und tritt auch heute noch öffentlich auf. Nur das italienische Marostica verfügt über eine ähnlich dauerhafte Tradition. 1823 wurde Schach Pflichtfach in der Schule: Jungen und Mädchen der örtlichen Schule spielten bis in die jüngste Zeit jährlich um ein Schachbrett und die zugehörigen Figuren. In fast jedem Hausflur im Ort hängt mindestens eines dieser nach

überliefertem Muster hergestellten Schachbretter als Zeichen des Gewinns. Als große Besonderheit hatte sich in Ströbeck das Kurierspiel erhalten. Bei dieser ansonsten längst in Vergessenheit geratenen Variante des Schachspiels verfügt das vergrößerte Brett über 96 statt der üblichen 64 Felder, vier weitere Figuren bereichern das Spiel. Der schachbegeisterte Herzog August von Braunschweig hat unter dem Pseudonym Gustavus Selenus dem Ort und dem Kurierspiel in seinem 1616 herausgegebenen Schachbuch „Das Schach oder König-Spiel“ ein Denkmal gesetzt. Fakten und Details aus der Geschichte des Schachspiels und des Schachdorfes hält das neu gestaltete Schachmuseum bereit.

Die bisherigen Verbindungen der Kulturdörfer kamen auf vielfältige Weise zustande: über persönliche Kontakte ebenso wie über die Suche nach Gleichgesinnten im Internet, über bestehenden Kulturaustausch oder über gemeinsame Themen. Durch das Schachspiel kam Ströbeck bereits in den 1980er Jahren in engen Kontakt mit der Gemeinde Wijk aan Zee, woraus das gemeinschaftliche Engagement in der Kulturdörfer-Bewegung erwuchs. Um den Gedanken des Kulturdorfes in seiner Internationalität deutlich zu machen, wurde in Ströbeck in einem ehemaligen Bauernhof ein „Europapark“ mit den Umrissen Europas angelegt. Der geographische Standort jedes Kulturdorfes ist auf der „Landkarte“ durch einen landestypischen Baum angezeigt. Für Deutschland steht die Linde (Tilia).

Auch wenn für jedes Land bislang nur ein „Kulturdorf Europas“ nominiert ist, so versteht sich die Initiative doch im weiteren Sinne als Kristallisationspunkt für das ländliche Europa und als Anregung für alle Dörfer.



Elf europäische Dörfer von sehr unterschiedlicher Größe unterzeichneten 1999 die Charta der Dörfer. Das jüngste und zwölfte Mitglied ist die österreichische Gemeinde Kirchheim



Weitere Informationen unter
www.cultural-village.com

Schachmuseum Ströbeck
Platz zum Schachspiel
38822 Schachdorf Ströbeck
E-Mail:
schachmuseum.stroebeck@web.de
www..stroebeck.org



Senior-Internet-Helferin Edith Randecker, 72 Jahre alt, ehemals Verwaltungsangestellte in einem Forstamt:

“Nachdem ich in Rente gegangen war, habe ich vor acht Jahren erstmals an der jährlich stattfindenden Frühjahrsakademie des ZAWiW teilgenommen und arbeite seitdem bei ‘Senioren ans Netz’ mit. Außerdem bin ich im AK SeNet, dem Arbeitskreis ‘SeniorInnen und Internet’ (www.ak-senet.de) beim ZAWiW, und beim STIC, dem Senioren Treff Internet und Computer (www.stic.telebus.de), aktiv, für die ich u. a. die Websites aktualisiere. Darüber hinaus arbeite ich als Tutorin beim STIC mit. Während die Hälfte der Tutoren weiblich ist, sind unter den Teilnehmenden mehr Frauen als Männer.“

Senior-Internet-Helfer Joachim Cremer, 74 Jahre alt, ehemals Programmierer:

“Ich interessierte mich für das Internet und habe nach der Pensionierung nach Gleichgesinnten gesucht. Seit zehn Jahren arbeite ich nun schon im Arbeitskreis SeNet beim ZAWiW mit. U. a. sind wir Mitglieder des Arbeitskreises, unterstützt durch die Bundesregierung, mit dem ‘Senior-Info-Mobil’ durch die Bundesrepublik gefahren und haben interessierten älteren Menschen einen Einblick in den Umgang mit dem Internet gegeben. Im Altentreff Ulm betreue ich seit vier Jahren zusammen mit anderen Senioren und Seniorinnen den STIC und führe dort Kurse für Anfänger, Internet, Bild- und Textbearbeitung durch. An einem Tag in der Woche bieten wir Beratungen an und in schwierigen Fällen einen Homeservice.“

Senior-Internet-HelferInnen im ländlichen Raum

Birgit Böttger, Markus Marquard*

Das Modellprojekt ‘Senior-Internet-HelferInnen im ländlichen Raum’ des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm hat zum Ziel, ältere interneterfahrene BürgerInnen für eine neue Form des bürgerschaftlichen Engagements zu qualifizieren. Als Senior-Internet-HelferInnen werden sie zu MultiplikatorInnen und BeraterInnen für ältere Erwachsene mit Unterstützungsbedarf ausgebildet. Sie tragen damit dazu bei die Internetnutzung durch ältere Menschen zu intensivieren. Das ZAWiW unterstützt die Vernetzung der Senior-Internet-Initiativen in Baden-Württemberg und initiiert im Rahmen des Modellprojekts, insbesondere im ländlichen Raum, weitere Anlaufstellen vor Ort.

Stärkung der ländlichen Infrastruktur durch das Internet

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, vor allem das Internet, wirken sich direkt und indirekt auf den Lebensalltag jedes Einzelnen wie auf die Gesamtgesellschaft aus. Betroffen sind diejenigen, die diesen Entwicklungen folgen und sich Kompetenzen zur Handhabung der neuen Techniken aneignen ebenso wie diejenigen, die sich gegenüber diesen Entwicklungen distanziert zeigen. Dies gilt auch für die stark wachsende Gruppe der älteren Menschen, in Ballungsgebieten wie im ländlichen Raum.

Zunehmend werden heute Alltagsvorgänge in Beruf und Privatleben per elektronischer Post (E-Mail) und elektronischer Kontoführung (E-Banking) erledigt. Prognosen gehen davon aus, dass viele Unternehmen aufgrund intensiven Kostendrucks zukünftig bestimmte Funktionen ausschließlich online anbieten werden (E-Commerce). Auch immer mehr öffentliche Einrichtungen stellen ihr Dienstleistungsangebot aus Kosten- und Flexibilitätsgründen auf Onlineangebote um.

* Birgit Böttger und Markus Marquard, wissenschaftliche MitarbeiterInnen am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW), Universität Ulm. Die Hauptaufgaben des ZAWiW bestehen in der Entwicklung und Erprobung innovativer Weiterbildungsangebote für ältere Erwachsene, z. B. realer Kompaktveranstaltungen, Arbeitsgruppen ‘Forschendes Lernen’, virtueller Lernprojekte und Generationen übergreifender Aktivitäten.

So kann das Internet gerade außerhalb der Ballungsgebiete entscheidend zur Stärkung der Infrastruktur beitragen und den sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Abstand zu den Verdichtungsräumen verringern. Für die Menschen im ländlichen Raum bedeutet es damit eine wichtige Hilfe. Dies gilt insbesondere auch für ältere Menschen, die sich aktiv auf ihr Altern vorbereiten und Einschränkungen in der selbstständigen Lebensführung aufgrund von altersbedingten Mobilitätseinbußen zumindest teilweise mit Hilfe des Internets begegnen wollen. Dafür finden sich im Internet vielfältige Möglichkeiten: Informationsquellen, Bildungsangebote, zusätzliche Kommunikations- und Einkaufsmöglichkeiten, andere Dienstleistungen etc. In diesem Sinne bietet das Internet ein enormes Potenzial, die Teilhabe älterer Menschen auf dem Land an gesellschaftlichen Entwicklungen nachhaltig zu sichern.

SeniorInnen helfen SeniorInnen

Die Erfahrungen – unter anderem aus der Informationskampagne „Senior-Info-Mobil“ und dem Modellprojekt „Gemeinsam lernen übers Netz“ – zeigen, dass ältere Menschen Kenntnisse über die neuen Technologien vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenserfahrungen in einer Weise weitergeben können, die von Gleichaltrigen besonders gut angenommen wird. Im Rahmen des Projekts werden deshalb interessierte interneterfahrene SeniorInnen insbesondere im ländlichen Raum auf ihr bürgerschaftliches Engagement im IT-Bereich vorbereitet. In Frage kommen Menschen ab 50 mit Grundkenntnissen und Erfahrungen in der Nutzung des Internets, für die nicht die Technik im Vordergrund steht, sondern der Austausch mit anderen Menschen und die Freude an der Weitergabe ihres Wissens. Gerade auch

Frauen mit Anwendungswissen über das Internet werden zum Mitmachen ermutigt. Eine möglichst breite Versorgung mit entsprechenden Schulungsangeboten für den ländlichen Raum wird angestrebt.

Gründung neuer Senior-Internet-Initiativen

In den letzten Jahren haben sich auf Initiative des ZAWiW in Baden-Württemberg Internetgruppen von SeniorInnen zu einem Netzwerk „Senior-Internet-Initiativen in Baden-Württemberg“ (SII) zusammengeschlossen. Bislang lag der Schwerpunkt auf den Verdichtungsräumen, z. B. mit Initiativen in Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen und Ulm. Hier knüpft das Modellprojekt an und schult Senior-Internet-HelferInnen mit dem Ziel, ein flächendeckendes Beratungsangebot in Baden-Württemberg aufzubauen.

Seit Start des Projekts im November 2004 sind zehn neue Initiativen entstanden z. B. die Rutesheimer Onliner oder das Senioren-Lern-Internetcafé in Hornberg.

Senior-Internet-Initiativen vor Ort, regionale Institutionen der Altenarbeit (Seniorenräte, Seniorenbüros etc.) sowie andere örtliche Träger und Vereine im ländlichen Raum (LandFrauenverband, Kirche etc.) dienen den „Senior-Internet-HelferInnen“ als Anlaufstellen für ihr Engagement. Deswegen kooperiert das ZAWiW bei der Durchführung der Schulungen eng mit diesen Institutionen.

In den Regionen Donau-Iller, dem nördlichen Oberschwaben, dem südlichen Schwarzwald und Heilbronn-Franken besteht noch ein besonderer Bedarf an Senior-Internet-Initiativen. Zwar gibt es dort bereits einige aktive Senior-Internet-HelferInnen, jedoch noch keine Initiativen, in denen sie sich engagieren können.

Multiplikatorenworkshop zur Ausbildung von Senior-Internet-HelferInnen



Fotos: ZAWiW

Die Angebote dieser Einrichtungen sind auf die Erfordernisse und Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt und variieren in Abhängigkeit von den Interessen und Möglichkeiten vor Ort. So gibt es:

- mehrstündige Schnupperkurse,
- öffentliche Internetzugänge, an denen selbstständig gesurft und bei Fragen oder Problemen auf Senior-Internet-HelferInnen zurückgegriffen werden kann,
- Beratungstage zu allen Fragen rund um PC und Internet,
- Schulungen und Workshops zu speziellen Themen und
- offene Stammtische für Interessierte.

Das ZAWiW war auch als Partner bei der Medienoffensive des Radiosenders SWR4 „Mit Gießbert ins Internet“ beteiligt. Im Rahmen dieser Offensive gab es zwei Informations-Touren durch insgesamt 32 überwiegend im ländlichen Raum liegende Orte in Baden-Württemberg. Diese Touren waren als Schnupperangebote für Internet-Neulinge gedacht und wurden von „Senior-Internet-HelferInnen“ tatkräftig begleitet. Sie stießen bei der angesprochenen Zielgruppe auf teilweise überwältigendes Interesse.

Qualifizierung der Senior-Internet-HelferInnen

Die Lerninhalte bestehen aus technischen, pädagogisch-didaktischen und inhaltlich-thematischen Qualifizierungsbausteinen. Für diese Schulungsmaßnahmen wurden vom ZAWiW Lernmaterialien erstellt. Begleitend zu den Schulungen können die HelferInnen in virtuellen Lerngruppen, die von TutorInnen betreut werden, ihr Wissen vertiefen und die Schulungen vor- und nachbereiten. Über eine Internetplattform werden die

Lernmaterialien für die Teilnehmenden zu Verfügung gestellt. Die Internetplattform dient außerdem der Projektpräsentation. In vielen Bereichen werden die SeniorInnen auch in die Projektentwicklung und Projektevaluation eingebunden. Für alle Senior-Internet-HelferInnen gibt es die Möglichkeit sich von der Website für ihre Arbeit hilfreiche Materialien herunter zu laden, darunter auch ein Online-Handbuch, das Antworten auf die gängigsten Probleme bei der Arbeit als BeraterIn gibt. Dieses FAQ-Handbuch wurde gemeinsam mit TeilnehmerInnen eines mehrtägigen Workshops angefertigt und im Laufe der Zeit mit Unterstützung von SeniorInnen erweitert und aktualisiert. Auf der Website wird auch ein Forum für den gemeinsamen Austausch, z. B. über Fragen der täglichen Arbeit aber auch einfach nur zum Plaudern, angeboten.

Angebot

24. Juli 2006:

Das ZAWiW veranstaltet mit Unterstützung von Senioren-Internet-Initiativen in Baden-Württemberg auf der Landesgartenschau in Heidenheim einen „Senioren und Internet“-Tag. Zu Gast wird auch der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk, sein.

Für interessierte Einrichtungen, Seniorenräte sowie Institutionen der Erwachsenenbildung mit Multiplikatorenfunktion (nicht nur) im ländlichen Raum bietet das ZAWiW kostenfreie Qualifizierungsveranstaltungen an.

Kooperationspartner

Unterstützt wird das Projekt durch den Landesseniorenrat Baden-Württemberg, das ViLE-Netzwerk e.V. (Verein „Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener“), die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und die Medien und Filmgesellschaft Baden-Württemberg (MFG). Das Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum in Baden-Württemberg fördert das Modellprojekt im Rahmen des Impulsprogramms doIT-regional. Dadurch ist es dem ZAWiW möglich die Schulungen kostenfrei anzubieten. Bei mehrtägigen Workshops haben die TeilnehmerInnen einen Anteil an den Kosten für Unterkunft und Verpflegung selbst zu tragen.

Beteiligung erwünscht

Im Rahmen des Projektes werden sowohl Senior-Internet-HelferInnen als auch bestehende Einrichtungen, die sich beteiligen möchten, sowie weitere Kooperationspartner zur finanziellen Unterstützung gesucht. 

Weitere Informationen und Kontakt

Birgit Böttger, Markus Marquard
ZAWiW, Universität Ulm
Fon (0731) 50-23194
Fax (0731) 50-23199
E-Mail info@senior-internethelfer.de
www.senior-internethelfer.de

Naturentfremdung zwischen Verklärung, Langeweile und Sorge

Kommentar zum „Naturreport Jugend 2006“

Dr. Clemens Dirscherl*

Die „lila Kuh“ als Beleg für die kindliche Vorstellungswelt von Landwirtschaft zu nennen, erntet längst inzwischen auch auf Bauernversammlungen nur noch müdes Lächeln. Interessanteres spürt hingegen der Marburger Natursoziologe Rainer Brämer auf, der für den „Naturreport Jugend 2006“ in einer breit angelegten repräsentativen Befragung aufschlussreiches Datenmaterial zusammengetragen und ausgewertet hat. Danach nimmt die überwiegende Mehrheit der deutschen Schülerinnen und Schüler durchaus für sich in Anspruch, über Naturerfahrung zu verfügen, und auch der Zugang zu Naturflächen wie Gärten, Wälder, Wiesen und Äcker wird als leicht überwindbar angesehen.

Bohrt man bei den Fragen etwas tiefer nach, kommt jedoch eine erschreckende Naturentfremdung der heutigen Jugend zum Vorschein. Streunen durch Gestrüpp und Felder, Klettern auf Bäumen, Staudämme bauen am Bächle, Beobachten von Käfern und Schmetterlingen – alles Fehlanzeige! Das, was das unmittelbare Naturerleben von Generationen ausmachte, nämlich auf eigene Faust mit Phantasie und Kreativität, aber auch mit einem Schuss Unerschrockenheit und folglich in Dreck, Schweiß und mit manchen Blessuren das natürliche Umfeld zu erkunden – das findet heute kaum noch statt.

Die Ursachen hierfür legt der Naturreport offen zutage. Die Jugendlichen erfahren ihre natürliche Lebensumgebung nicht mehr selbst authentisch, sondern überwiegend vermittelt durch Erziehung und Medien, was zu einer gespaltenen Wahrnehmung der Natur zwischen Verklärung, Langeweile und Risikogefährdung führt. Einerseits hat die Umweltbewegung seit den 70er Jahren bei Teilen der heutigen Lehrer- und Elterngeneration ihre Spuren hinterlassen: die Natur ist nur gut und schön und von den bösen Menschen bedroht. Mit der Folge, dass man keine Käfer sammeln darf („Tierquälerei“), nicht an Gebüsch oder Pflanzen zupfen soll („Naturzerstörung“) und artig und leise die vorgegebenen Pfade und Wege einhält, weil ansonsten ein Eingriff in den natürlichen Lebensraum von Flora und Fauna erfolgt („Verlust der Artenvielfalt“). Andere pädagogische Maßnahmen greifen eng in den natürlichen Bewegungs- und Erkundungsdrang von Kindern und Jugendlichen ein und wollen die Gefährdungspotenziale der Natur durch eine rigide Handhabung der Aufsichtspflicht reduzieren. Schmutz, Dreck, „eklige“ Tiere wie Spinnen und Kröten, spitze Steine, hohe Bäume – all das soll von den kleinen Lieblingen fern gehalten werden. Und schließlich ist es aber auch unser Nachwuchs selbst, der einfach keinen Bock auf Natur hat. Man sitzt lieber vor dem Bildschirm, was durchschnittlich 90 Minuten Fernsehkonsum und ebenso viel

Computernutzung täglich eindrücklich belegen. Gesendete oder virtuelle Naturbilder erscheinen erheblich attraktiver, eben „cooler“, als das Bemühen und die Lust, den eigenen, immer rundlicher werdenden Hintern hinaus in die freie Natur zu bewegen.

Solche Erkenntnisse über eine der Natur immer mehr entfremdete Jugend sind für unsere Gesellschaft und ganz besonders für die Landwirtschaft alarmierend! Künftige Generationen scheinen von unseren natürlichen Lebensgrundlagen abgehoben – entweder verängstigt, romantisiert, desinteressiert bis gar angeödet. Wie soll hier Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Leitbild nicht nur in Schulen und Akademien doziert, sondern im Alltag gelebt werden? Welche gesellschaftliche Wahrnehmung der Bedeutung von Landwirtschaft geht mit solchen Naturbildern einher? Die aktuelle Wertedebatte, welche in Politik und Gesellschaft entfacht ist, darf die Ergebnisse des Naturreports 2006 nicht ignorieren. Neue Ansätze des pädagogischen Zugangs zur Natur sind gefragt. Natur- und Erlebnispädagogik im Schulbauernhof ist toll, darf sich aber nicht nur auf seinen Eventcharakter beschränken, sondern muss mit elementaren Inhalten gefüllt werden. Daran sollte sich auch die praktische Landwirtschaft mit der Vielfalt ihrer Anknüpfungspunkte zur Naturerfahrung beteiligen.

* Dr. Clemens Dirscherl, Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks, Ratsbeauftragter der EKD für agrarsoziale Fragen und Mitglied im Kuratorium der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

„Hautnah“ – Studie der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Freiburg:

Junge Menschen auf dem Land

Andrea Braun-Henle*

30 Jugendliche aus ländlichen Gebieten der Erzdiözese Freiburg wurden für die wissenschaftliche Studie der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) interviewt. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Mitglieder der KLJB antworteten auf Fragen zu den Themen Freizeit, Zukunft, Kirche, geschlechtsspezifische Rollenmuster, Bildungsmöglichkeiten und bürgerschaftliches Engagement. Die Ergebnisse sollen eine Grundlage für die Weiterentwicklung des Verbandes sein.

Aufgrund der unbefriedigenden Forschungslage zur Situation Jugendlicher im ländlichen Raum entstand im Herbst 2003 die Idee, selbst eine Studie mit folgenden drei Zielsetzungen durchzuführen:

- Sie sollte aktuell und wissenschaftlich die Situation Jugendlicher im ländlichen Raum reflektieren.
- Die KLJB Freiburg wollte einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über die Jugendarbeit im ländlichen Raum leisten, da in Konzepten und Überlegungen zur Jugendarbeit die besonderen Belange und Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes

nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spielen, wie aktuell in der Debatte um die Einrichtung von Ganztageschulen zu erkennen ist.

- Die Studie sollte aber auch – und dies hatte auf die Wahl der Methode entscheidenden Einfluss – die Diskussion über die Situation im ländlichen Raum innerhalb des Verbandes forcieren und eine Grundlage für sein zukünftiges Handeln bilden. Für Organisatoren/-innen, Interviewer/-innen und Interviewte sollte die Studie einen Lernprozess initiieren, bei dem eine persönliche Reflexion der ausgewählten Inhalte erreicht wird.

Die KLJB in der Erzdiözese Freiburg zählt derzeit 110 Gruppen mit insgesamt 2 800 Mitgliedern zwischen dem Bodensee und Tauberbischofsheim. Sie wird auf allen Ebenen ehrenamtlich getragen und organisiert Veranstaltungen, Bildungsangebote und Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung von Schlüsselqualifikationen durch die Motivation und Ausbildung junger Leute für ein bürgerschaftliches Engagement in ihrer konkreten Umgebung. Damit werden Perspektiven für den Verbleib für Männer und Frauen in ländlichen Räumen eröffnet.

Mit der Initiierung der Studie steht die KLJB Freiburg in einer Tradition des Verbandes, in der verschiedene Ebenen immer wieder solche Untersuchungen ange-regt haben.¹

* Andrea Braun-Henle, KLJB Erzdiözese Freiburg, Außenstelle Klösterle, Fon (07575) 92 52 94, E-Mail andrea.braun-henle@kljb-freiburg.de

¹ „Zündstoff“ hieß die umfangreiche Befragung Jugendlicher zur Situation des Verbandes, ihrem Freizeitverhalten, ihrer Sicht des ländlichen Raumes und ihrem Verhältnis zu Kirche und Religion, die der KLJB-Diözesanverband Paderborn zwischen 1993 und 1995 durchführte (KLJB: Zündstoff – Kinder und Jugendliche äußern sich über ländliche Lebenswelten, Paderborn 1995). 1999 erschien „Ansichten“, eine Studie der KLJB Münster in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld (KLJB Münster: Ansichten, Münster 1999). In einer Befragung der KLJB-Verantwortlichen im Bistum Münster wurden vor allem Rückmeldungen zur Situation des Verbandes und dafür relevanter Themen eingeholt. Ähnliche Ziele verfolgte die Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns mit „Anfrage“ schon 1996 (Landstelle der Katholischen Landjugend Bayern: Anfrage, München 1996).



Fotos: Andreas Hollacher, KLJB Freiburg

Aktions- und Handlungsforschung mit Landjugendlichen

Für die Studie wurde mit der FH Technikum Kärnten zusammengearbeitet. Dr. Bringfriede Scheu hatte schon mehrere Studien im ländlichen Raum durchgeführt.² Außerdem wurde die Untersuchung wesentlich von der Akademie der Katholischen Landjugend Bad Honnef-Rhöndorf unterstützt.

Für die Untersuchung wurde ein qualitativer Ansatz gewählt. Ziel sollte sein, Trends, Tendenzen, Erklärungsmuster und Begründungszusammenhänge Jugendlicher und junger Erwachsener zu unterschiedlichen Bereichen des ländlichen Lebensraumes zu erfassen. Um diese differenzieren zu können, wurden die Interviewten

aus allen fünf KLJB-Regionen innerhalb der Erzdiözese Freiburg/Baden ausgewählt und neben KLJB-Mitgliedern Jugendliche in Jugendtreffs und Schulklassen befragt. Jeweils die Hälfte sollte männlich und weiblich sein.³

Die Inhalte der Befragung wurden anhand der o. g. Ziele ausgewählt. Die Interviewten sollten nach ihren Einschätzungen zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes befragt werden. Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten sollten beschrieben und reflektiert werden. Der Einfluss traditioneller Rollenmuster auf das Leben der Befragten sollte ebenso erfasst werden wie ihre Erfahrungen mit Partizipationsformen und bürgerschaftlichem Engagement. In einem weiteren Themenblock sollte das Verhältnis zu Kirche und Religion näher beleuchtet werden.

All diese Themenbereiche erschienen zentral, weil es u. a. darum ging, Reflexionsprozesse im Sinne einer größeren Lebensrauman eignung zu initiieren.

Ausgehend von den Zielsetzungen wurde die Untersuchung im Sinne der Aktions- und Handlungsforschung angelegt. Ziele dieses Forschungsansatzes sind „praktisches, sozialveränderndes Handeln, wissenschaftliche Forschung und aufklärende Erziehung (Lernen) der Betroffenen“ (Spöhring 1995, S. 280). Die Eigenheit dieser Vorgehensweise ist, dass die Forschenden selbst von der Problemstellung der Befragung betroffen sind. Wohlrapp hat dies als das Prinzip der „Einheit von Subjekt und Objekt“ (Spöhring 1995, S. 283) bezeichnet. Erforscht werden also Zusammenhänge, die Forschende und „Forschungsob-

² U. a.: Wie sich die Wies' zum Acker findet. Heirat/feste Paarbeziehung als kritisches Lebensereignis für junge Erwachsene im ländlichen Raum (1991).

³ Tatsächlich befragt wurden zehn KLJB-Mitglieder, zehn Jugendliche in Jugendtreffs und zehn an Schulen. Von den 30 Interviews wurden jeweils sechs in jeder Region durchgeführt, wobei jeweils zwei Schüler/-innen, zwei Jugendliche aus Jugendtreffs und zwei KLJB-Mitglieder interviewt wurden. Von den Interviewten waren zwölf weiblich und 17 männlich. Von den Befragten war eine 13 Jahre alt, vier waren 14 Jahre, sechs 15 Jahre, sechs 16 Jahre, vier 17 Jahre, zwei 18 Jahre, drei 19 Jahre und eine 20 Jahre alt, zwei machten keine Altersangaben. Vier Befragte waren in der Berufsausbildung, einer berufstätig und 23 waren Schüler/-innen. Ein Interview war aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht verwertbar.

jekte“ gleichermaßen betreffen. „Landjugend erforscht Landjugend“ – das war die Grundidee der Studie und für ihre Umsetzung waren als Interviewer/-innen die Bildungsreferenten/-innen ebenso im Blick wie Ehrenamtliche, die über eine pädagogische, kommunikative oder empirische Qualifikation durch ein Studium verfügten.⁴ Alle wurden während eines Studientages in die Methode eingearbeitet und dann kontinuierlich begleitet. Von dieser Vorgehensweise versprach sich die KLJB Freiburg neben der Erhebung relevanter Ergebnisse auch die Initiierung eines für den Verband fruchtbaren Lernprozesses. Verstärkt werden sollte dieser noch durch eine Validierung der Forschungsergebnisse in den Herkunftsgruppen der Interviewten.

Zu ihrer Unterstützung zog Dr. Scheu das Rottenburg-Feldkirchner Institut für Subjektwissenschaftliche Sozialforschung hinzu. Bei der Suche nach Interviewpartnern/-innen bewährte sich die dezentrale Organisationsstruktur, die im Hinblick auf den kleinteiligen Aufbau der von der KLJB Freiburg betreuten ländlichen Räume gewählt worden war. Aufgrund persönlicher Kontakte konnten weitgehend zum Anforderungsprofil passende Interviewpartner/-innen gefunden werden. Bei einer Fachtagung Anfang 2006 in Freiburg wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert.

Zentrale Forschungsergebnisse

Die Studie „Hautnah“ erbrachte wichtige Ergebnisse im Zusammenhang mit Erklärungsmustern und Begründungszusammenhängen der Jugendlichen im Bereich der Untersuchung.

Lebensentwürfe überwiegend nicht im ländlichen Raum umsetzbar

Über die Eignung des ländlichen Lebensraums für ihre eigenen Lebensentwürfe sind sich die Jugendlichen nicht einig. Ihre Bewertung hängt wesentlich mit der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation zusammen. Diese fordern sie deutlich zu verbessern. Nur einige bedenken dabei, dass es auch Möglichkeiten geben könnte, sich selbst an der Entwicklung des ländlichen Raumes zu beteiligen.

Viele schätzen die Chance, ihren Berufswunsch an ihrem Heimatort verwirklichen zu können, sehr skeptisch ein und würden deshalb auch dorthin ziehen, wo dies möglich ist. Ein nicht unwesentlicher Teil der Befragten ist jedoch auch bereit, den Berufswunsch den Möglichkeiten vor Ort anzupassen. Hauptmotiv dafür ist, dass sich die Bewohner/-innen des jeweiligen Herkunftsortes untereinander kennen. „Hier kennst du einfach jeden. Du kommst irgendwo hin im Ort, sagst hallo, redest mit ihm. Ich finde das einfach gut.“ (Interview 22) Um sich dies zu erhalten, sind viele bereit, anderweitige Nachteile in Kauf zu nehmen. Die meisten Befragten suchen sich ihren ganz persönlichen/individuellen Lösungsweg. „Es hängt alles von mir selbst ab!“ (Interview 18) – das ist ihnen sehr bewusst und wird in einem Interview typischerweise gesagt.



⁴ Insgesamt waren elf Interviewer/-innen im Einsatz, davon neun Frauen und zwei Männer.

Freizeit in der Clique im Heimatdorf

Die Orte, an denen die Befragten ihre Freizeit verbringen, sind sehr vielfältig. Der Freizeitort Jugendraum/-haus wird überproportional oft genannt. Häufig werden sportliche Aktivitäten im Verein, aber auch im Bereich des Individualsports herausgestellt. Dabei wird die Freizeit insgesamt überwiegend in der Clique verbracht. Tatsächlich werden Orte im Heimatdorf, aber auch außerhalb aufgesucht. Z. T. wird die Situation im Heimatdorf als zufriedenstellend bewertet und die Möglichkeiten der Region genutzt, z. T. wird die Situation als nicht zufriedenstellend beschrieben und deshalb das Angebot anderer Orte geschätzt. Von einem Teil werden kommerziell geprägte, unverbindlichere Treffpunkte gewünscht, von einem anderen Teil nicht kommerzielle, individuell geprägte. Vor allem im Freizeit- und Funsportbereich werden mehr Möglichkeiten gewünscht, der Vereinssport scheint ausreichend ausgebaut zu sein. Insgesamt wird auf jeden Fall das Fehlen von allgemein zugänglichen Freizeiträumen angemahnt.

Bildungsmöglichkeiten im Heimatdorf nur wenig genutzt

Von den Befragten werden als Informationsquellen das Internet, Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen genutzt. Das hat Auswirkungen auf das Wissen über vor Ort vorhandene Bildungsangebote. Eine große Gruppe von Jugendlichen geht davon aus, dass es in ihrem Ort keine Angebote gibt, ist sich aber nicht völlig sicher. Es werden daher nur wenige Bildungsmöglichkeiten, zumindest im Heimatort, genutzt.



Traditionelle Rollenmuster bei Jugendlichen

Männliche und weibliche Jugendliche sind nach wie vor von traditionellen Rollenmustern geprägt. Jungen geben zwar an, auch Erziehungsaufgaben übernehmen zu wollen, sie bleiben aber sehr unbestimmt, wie dies konkret aussehen könnte, oder sind sich sogar sicher, dass Männer dazu einfach nicht so geeignet seien. Die weiblichen Befragten sehen überwiegend den Reiz von Leitungspositionen und könnten sich auch vorstellen, eine solche zu bekleiden, wenn sie ihnen angeboten würde: „Ja, weil mir Karriere ziemlich Spaß macht, was zu organisieren, mit Leuten zusammen zu arbeiten.“ (Interview 14) Ob sie aber über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, eine solche zu erkämpfen, ist sehr fraglich. Insgesamt die Hälfte aller Befragten stimmt der These zu, dass Frauen emotionaler und damit eher für die Kindererziehung geeignet wären. Eine eher geschlechtsspezifische Rollenverteilung wird von

einer großen Gruppe bei der Vorbereitung von Freizeitaktivitäten gesehen. Eine Ausnahme bilden diesbezüglich die KLJB-Ortsgruppen. Hier wird durchaus wahrgenommen, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen in Leitungsämter gewählt werden. Insgesamt lässt sich aber für die Situation, die die Jugendlichen wahrnehmen, eine eher zögerliche Entwicklung hin zu Gender Mainstreaming beobachten. Einen Grund dafür sah Gunter Neubauer, Sozialwissenschaftliches Institut Tübingen, bei der genannten Tagung in den Traditionen des ländlichen Raumes: „Hier gibt es viele Rituale, die das Dorfleben beleben. Sie sind aber sehr stark an Geschlechterrollen gebunden – viel stärker als in der Stadt.“ Damit werden traditionelle Rollenmuster von Generation zu Generation weitergegeben und brechen nur langsam auf. „Die soziale Nähe im Dorf verlangt den Jugendlichen auf dem Land viel mehr Mut ab, wenn sie sich gegenüber altüberlieferten Rollenmustern abgrenzen wollen“, so der Wissenschaftler.

Partizipation/Bürger-schaftliches Engagement, weil es Spaß macht

Viele Befragte nehmen oder nahmen eine verantwortliche Position in einem Verein oder einer Organisation ein. Begründungen dafür kommen vor allem aus den Bereichen „Ich-Bezug“ und „Gestaltungswillen“, die Bereiche „Helfen“ und „Pflichtbewusstsein“ sind weniger vertreten.⁵ Die meisten Jugendlichen erfahren Anerkennung von Erwachsenen für dieses Engagement. Unterstützt fühlen sich dagegen deutlich weniger. Das Engagement für den eigenen Ort, das viele Jugendliche wahrnehmen, wird hauptsächlich deshalb geleistet, weil es Spaß in Gemeinschaft bringt.



Zu wenig kompetente Diskussionspartner zum Thema Kirche und Glauben

Eine Minderheit der Befragten wird von kirchlichen Angeboten angesprochen. Von größerer Bedeutung als religiöse Überzeugungen sind für sie persönliche Kontakte. Jugendliche haben das Bedürfnis, sich über ihren Glauben auszutauschen. Unter Gleichaltrigen gelingt dies manchmal. Viele möchten sich aber auch mit Erwachsenen darüber austauschen – und zwar in aller Offenheit und mit all ihren Zweifeln. Sie suchen nach Impulsen, an denen sie sich orientieren können. Auch ansprechende Gottesdienste und religiöse Gruppenstunden sind keineswegs out. Sie aber durchzuführen, damit fühlen sich die meisten Jugendlichen überfordert. „Dafür brauchen wir kompetente und engagierte Leute, die am Le-

ben der Jugendlichen dran sind“, stellt Constanze Weber, KLJB-Diözesanreferentin, fest. Sie weiß, dass das viel zitierte personelle Angebot in vielen ländlichen Regionen nicht so vorhanden ist, wie es sich die jungen Menschen wünschen. „Die, die uns Gespräche anbieten, sind so eingefahren und altmodisch. Mit denen möchte ich nicht reden. Ich suche nach jemandem, mit dem ich locker quatschen kann, der mir ein paar Tipps gibt und der nicht gleich so super ernst wird! Jemand, mit dem ich auch mal 'n Bierle trinken könnt“, so die deutliche Aussage eines Interviewten.

Gerade im Dorf sind die Auswahlmöglichkeiten beschränkt und „coole“ Leute, die sich auf Jugendliche und ihre Situation einlassen, sind rar oder weit weg. Eine Entwicklung, die der Freiburger Religionssoziologe Michael N. Ebertz seit längerem kritisch be-

obachtet: „Die Kirchenferne der Jugendlichen ist das Ergebnis einer pastoralen Unterversorgung. Leider bietet die Kirche hier kein differenziertes Angebot für unterschiedliche Gruppen an,“ fasste er seine Beobachtungen bei der Fachtagung zusammen.

Wenn kirchliche Angebote wahrgenommen werden, sind das häufig Angebote der KLJB, „die ist in meinen Augen aber auch nicht so wahnsinnig katholisch“ (Interview 21). Ein größerer Teil der Befragten wird von keinerlei kirchlichen Angeboten erreicht. Für viele wäre es dennoch ein Verlust, wenn die Kirche oder der Seelsorger gar nicht mehr im Ort vertreten wäre. Allerdings stehen hier vor allem sozialräumliche Begründungen wie der Wegfall von Gewohnheiten und Treffpunkten im Vordergrund.

⁵ „Weil es mir Spaß macht und weil ich viele Leute kennen lerne.“ (Interview 13)
„Ich will was verändern.“ (Interview 9)

Überwiegend bejahen die Jugendlichen christlich-kirchliche Werte, welche dies aber genau sind, bleibt unklar. Für ihr eigenes Leben sehen sie Elemente einer eher traditionellen Lebensführung wie Ausbildung, Familie und ähnliches als bedeutsam an – Dinge, deren Chancen zur Verwirklichung als realistisch eingeschätzt werden.

Die Studie als Ansatz für Ideen, Reflexion und Diskussion

Ohne Zweifel war die Studie auch ein Bildungsangebot für alle Beteiligten, das über die Aneignung von Wissen über empirische Methoden hinausging. Fast alle Interviewten hatten sich zwar schon einmal über ihre Umgebung Gedanken gemacht, aber in der Regel nur sehr lückenhaft. In den Interviews wurden sie – nach der persönlichen Einschätzung der Interviewer/-innen – ermutigt, sich systematischer und abstrahiert von ihrem eigenen Nutzen mit der Frage der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes zu befassen. Viele entdeckten dadurch ganz neue Seiten an ihrem Dorf und äußerten, dass sie bestärkt wurden, sich vor Ort zu engagieren.

Teil einer Bevölkerungsgruppe zu sein, bei der es sich lohnt, sie empirisch zu erforschen, wurde als große Wertschätzung angesehen. Auch für die Interviewer/-innen waren die Gespräche ein interessanter Erfahrungsraum, wenn auch der Umgang mit dem Medium für sie neu und teilweise verunsichernd war.

Viele Ziele der Studie sind im Moment bereits erreicht. Die inhaltliche Diskussion innerhalb des Verbandes zu Themen des ländlichen Raumes wie Perspektiven für das Bleiben Jugendlicher sowie Stärken und Schwächen dieses Lebensraumes wurde angeregt und wird noch intensiviert werden. Schon jetzt wird von vielen – innerhalb und außerhalb des Verbandes – großes Interesse an den Ergebnissen der Studie signalisiert. Durch die Ergebnisse sieht sich die KLJB in ihrem bisherigen Engagement bestätigt. Der Einsatz für Jugendliche im ländlichen Raum wird fortgeführt werden. In dem Bestreben, Ämter auf allen Ebenen des Verbandes mit männlichen und weiblichen Bewerbern zu besetzen, darf nicht nachgelassen werden, auch wenn dies manchmal mühsam ist. Nach wie vor erreicht die KLJB als kirchli-

cher Jugendverband auch eher Jugendliche in Randbereichen der Kirche und hält so einen Zugangsweg zu Glaube und Kirche für sie offen. Damit eröffnet sie einen Raum, der ansonsten nicht da wäre. Sicherlich wird die Diskussion innerhalb des Verbandes noch mehr Perspektiven vor allem in den Themenbereichen Kirche und Religiosität eröffnen.

Für die KLJB Freiburg stellte die Durchführung der Studie einen enormen Aufwand dar, die ungewohnte Arbeitsform benötigte viel Begleitung und Beratung vor allem der ehrenamtlichen Kräfte. Bei der Kommunikation zwischen Jugendverband und wissenschaftlichen Einrichtungen musste vielen systembedingten Unterschieden Rechnung getragen werden. Die Finanzierung musste überwiegend vom initiierten Verband getragen werden – und das wird wohl auch in Zukunft bei derartigen Unternehmungen so bleiben. Alles in allem bleibt jedoch festzuhalten, dass sich der Aufwand für die KLJB Freiburg gelohnt hat.

Literatur: W. Spöhring, Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1995.

„Hautnah – eine Studie zur Lebenssituation Jugendlicher im ländlichen Raum“ gibt es gedruckt für 2,50 € bei der Diözesanstelle der KLJB,
Fon (0761) 5144-238,
E-Mail info@kljb-freiburg.de,
www.kljb-freiburg.de.



Bedeutung der Naturparke für den Tourismus

Reinhold Hemker*

Am 06. Juni 1956 wurde in Deutschland das Naturparke-Programm für 25 Naturparke vorgestellt. Aufgabe der Naturparke sollte es demnach sein, den Menschen Erholungsmöglichkeiten zu bieten sowie dem Natur- und Landschaftsschutz zu dienen. Besonders für strukturschwächere Regionen stellt die nachhaltige touristische Nutzung der Schutzgebiete jedoch auch einen bedeutenden ökonomischen Faktor dar.

Nationalparktourismus schafft Arbeitsplätze

Bezogen auf den Umsatz, vor allem aber in Bezug auf die Beschäftigungszahlen, ist die Tourismusbranche in Deutschland eine der wichtigsten Branchen. Der Nationalparktourismus sichert und schafft vor allem im Gastgewerbe

und im Einzelhandel Hunderte von Arbeitsplätzen, nationale Naturlandschaften liegen im Reisetrend. Einer EMNID-Umfrage zur Folge, die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am 3. Februar 2006 in Hannover vorstellte, halten 88 % der Befragten die Existenz von Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturparks für wichtig bzw. sehr wichtig. 70 % aller Befragten bevorzugen einen Urlaub dort, wo der Schutz der Natur durch Schaffung eines Nationalparks in den Vordergrund gerückt wird. Laut einer Studie des Studienkreises Tourismus und Entwicklung zu „Urlaubsreisen und Umwelt“ aus dem Jahr 2004 ist für 54 % der Befragten bei der Auswahl des Urlaubszieles entscheidend, ob Natur dort unmittelbar erlebt werden kann. 35 % der Befragten wählen ihr Reiseziel

auch nach der Möglichkeit eines Natur- oder Nationalparkbesuches aus. Jedes Jahr zieht es schon jetzt rund 20 Mio. Besucher in die deutschen Nationalparke. Der Anteil der Natururlaube im engeren Sinn ist zwischen 1999 und 2004 von 18 auf 23 % gestiegen.

Seit der Gründung der ersten Naturparke hat ihr Beliebtheitsgrad ständig zugenommen. Heute gibt es in Deutschland 95 Naturparke, die etwa ein Viertel der Fläche der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Neben den Naturparks verfügt Deutschland über 14 Nationalparks und 14 Biosphärenreservate. Allerdings gaben nur 6 % der Befragten in der EMNID-Umfrage an, den Unterschied zwischen den verschiedenen Schutzgebietskategorien zu kennen.

* Reinhold Hemker, MdB, Rheine, Mitglied im Ausschuss für Tourismus des Bundestages, Bürgerbüro
Fon (05971) 80 45 87 oder (030) 227 - 71748, E-Mail reinhold.hemker@bundestag.de

Naturpark Hohes Venn-Eifel



Naturparke in Deutschland

- 1 Hüttener Berge
- 2 Westensee
- 3 Aukrug
- 4 Holsteinische Schweiz
- 5 Lauenburgische Seen
- 6 Mecklenburgisches Elbetal
- 7 Sternberger Seenland
- 8 Nossentiner/Schwinzer Heide
- 9 Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See
- 10 Insel Usedom
- 11 Am Stettiner Haff
- 12 Feldberger Seenlandschaft
- 13 Wildeshauer Geest
- 14 Lüneburger Heide
- 15 Südheide
- 16 Elbufer-Drawehn
- 17 Dümmer
- 18 Steinhuder Meer
- 19 TERRA.vita
- 20 Weserbergland
- 21 Elm-Lappwald
- 22 Solling-Vogler
- 23 Harz
- 24 Münden
- 25 Drömling
- 26 Harz/Sachsen-Anhalt
- 27 Unteres Saaletal
- 28 Fläming
- 29 Dübener Heide
- 30 Saale-Unstrut-Triasland
- 31 Stechlin-Ruppiner Land
- 32 Uckermärkische Seen
- 33 Westhavelland
- 34 Barnim
- 35 Märkische Schweiz
- 36 Hoher Fläming
- 37 Nuthe-Nieplitz
- 38 Dahme-Heideseen
- 39 Niederlausitzer Landrücken
- 40 Schlaubetal
- 41 Niederlausitzer Heidelandschaft
- 42 Hohe Mark
- 43 Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald
- 44 Schwalm-Netze
- 45 Deutsch-Belgischer Naturpark Hohes Venn-Eifel
- 46 Rheinland
- 47 Siebengebirge
- 48 Bergisches Land
- 49 Ebbegebirge



- 50 Homert
- 51 Rothaargebirge
- 52 Arnsberger Wald
- 53 Diemelsee
- 54 Kellerwald-Edensee
- 55 Habichtswald
- 56 Meißner-Kaufinger Wald
- 57 Rhein-Taunus
- 58 Hochtaunus
- 59 Hoher Vogelsberg
- 60 Hessische Rhön
- 61 Hessischer Spessart
- 62 Bergstraße-Odenwald
- 63 Eichsfeld-Hainich-Werratal
- 64 Kyffhäuser
- 65 Thüringer Wald
- 66 Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale
- 67 Erzgebirge/Vogtland
- 68 Rhein-Westerwald
- 69 Nassau
- 70 Siedel
- 71 Saar-Hunsrück
- 72 Soonwald-Nahe
- 73 Pfälzerwald
- 74 Neckartal-Odenwald
- 75 Stromberg-Heuchelberg
- 76 Schwäbisch-Fränkischer Wald
- 77 Schönbuch
- 78 Schwarzwald Mitte/Nord
- 79 Südschwarzwald
- 80 Obere Donau
- 81 Bayerische Rhön
- 82 Haßberge
- 83 Frankenwald
- 84 Bayerischer Spessart
- 85 Steigerwald
- 86 Fränkische Schweiz-Veldensteiner Forst
- 87 Fichtelgebirge
- 88 Steinwald
- 89 Frankenhöhe
- 90 Nördlicher Oberpfälzer Wald
- 91 Oberpfälzer Wald
- 92 Oberer Bayerischer Wald
- 93 Bayerischer Wald
- 94 Altmühltal
- 95 Augsburg-Westliche Wälder

Nationale Naturlandschaften



Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“

Bisher warben Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke getrennt um Besucher. Dem Erscheinungsbild fehlte lange Zeit eine gemeinsame visuelle und kommunikative Komponente, ein „Markenzeichen“. Um die deutschen Großschutzgebiete zukünftig unter einem gemeinsamen Dach zu präsentieren, wurde die

Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ geschaffen und im November 2005 vorgestellt. Orientiert hat man sich dabei u. a. an dem „National Park Service“ in den USA und dem „National Trust“ in Großbritannien. Die Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ hat mittlerweile ein einheitliches Erscheinungsbild sowie ein einheitliches Logo – einen dreifarbigem Punkt mit dem Schriftzug „Nationale Naturlandschaften“. Damit macht

sie es Interessierten leichter, sich zu informieren, denn Informationen zu den deutschen Großschutzgebieten werden erstmals zentral zugänglich gemacht.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz hat im September 2005 beschlossen, den Großschutzgebieten die Anwendung dieser Dachmarke der Nationalen Naturlandschaften zu empfehlen. Von den 123 Großschutzgebieten

sind bis heute bereits mehr als 100 dieser Empfehlung gefolgt. Dies zeigt, dass die gemeinsame Initiative des Verbandes Deutscher Naturparke (VDN) und EURO-PARC Deutschland zur Schaffung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der deutschen Großschutzgebiete angenommen wird.

Kampagne „Jahr der Naturparke“

Hier knüpft die Kampagne „Jahr der Naturparke“ unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler an – die zugleich erste Kampagne der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“. 50 Jahre Naturparke in Deutschland war der Anlass, das Jahr 2006 unter dem Motto „Natürlich Naturparke“ in den Mittelpunkt zu stellen. Mit speziellen Aktionen und Veranstaltungen in den einzelnen

Naturparken soll aufgezeigt werden, was die Parke für Natur und Landschaft sowie als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum für den Menschen leisten. Spezielle Angebote zu Fuß, mit dem Fahrrad, auf dem Pferd oder auf dem Wasser laden dazu ein, die Natur zu erleben. Weitergehende Informationen bieten geführte Wanderungen und Ausstellungen in Informationszentren. Die im Rahmen der Kampagne „Jahr der Naturparke“ herausgegebene Buchreihe „Erlebnis Naturlandschaft“ rundet das Vorhaben, eine verbesserte Darstellung und Wahrnehmung der Naturparke in der Bevölkerung zu erreichen, ab.

In diesem Zusammenhang ist auch das Projekt der Bundesstiftung Umwelt, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und ver-

schiedener Bundesländer zu nennen, das die Förderung von innovativen Kommunikationsstrategien für die Großschutzgebiete zum Ziel hat. Die damit intendierte gemeinsame Ansprache von Bürgern in den jeweiligen Regionen und von Besuchern soll die Chancen für eine stärkere nachhaltige touristische und regionalökonomische Entwicklung der Großschutzgebiete und der benachbarten Regionen verbessern und damit auch strukturschwächere Regionen ökonomisch stärken.

Zzt. wird im Deutschen Bundestag ein Antrag vorbereitet, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für die Weiterentwicklung der Dachmarke Nationale Naturlandschaften einzusetzen und die Ziele eines nachhaltigen Tourismus weiter zu fördern.

Klimaschutz ist ökologische und ökonomische Vorsorgepolitik

Sven Anemüller*

Der Klimawandel schreitet voran und je eher wir Klimaschutz betreiben, desto geringer werden die Schäden sein. Zudem können Klimaschutzmaßnahmen andere positive Effekte wie die Einsparung knapper Ressourcen und Technologieinnovationen mit sich bringen. Der folgende Beitrag wurde anlässlich einer Zentralen Informationsveranstaltung der ASG zum Klimawandel in Goslar gehalten.

Beschleunigung des Temperaturanstiegs

In den Medien sind immer neue Meldungen über Gletscherschmelze, Meeresspiegelanstieg etc. aufgrund des globalen Klimawandels zu hören. Kein Zweifel besteht daran, dass sich die globale Durchschnittstemperatur seit Beginn der Industrialisierung um 1860 um 0,7 bis 0,8°C erhöht hat.

* Dipl.-Geogr. Sven Anemüller, Referent für Klima und Entwicklung bei der Nord-Süd-Organisation Germanwatch, Bonn, Fon (0228) 60 492 – 22, E-Mail anemueller@germanwatch.org

Die Wissenschaft ist sich weitgehend darüber einig, dass insbesondere der beschleunigte Temperaturanstieg in den letzten 30 Jahren zum überwiegenden Teil auf den Menschen zurückzuführen ist: Durch die Verbrennung fossiler Treibstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch durch Abholzung und Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Nutzflächen, hat sich die Konzentration von Treibhausgasen wie CO₂ oder Methan in der Atmosphäre deutlich erhöht. Die Gesamtkonzentration ist heute wahrscheinlich so hoch wie in den letzten 20 Mio. Jahren nicht.

Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Erkenntnissen der letzten zwei Jahre deutet auf eine Be-

schleunigung des Temperaturanstiegs hin. Dieser verläuft jedoch regional unterschiedlich: In Deutschland beträgt der Anstieg gegenüber 1860 bisher ca. 1,0°C, in Teilen der Arktis hingegen mehr als 3°C. Daran ändern auch einzelne überdurchschnittlich kalte Monate nichts, wie der Winter in Deutschland in diesem Jahr.

Über den Klimawandel ist sich die Wissenschaft heute sehr viel einiger als es in der Öffentlichkeit häufig wahrgenommen wird¹. Konsequenzen sind z. B. das Schmelzen der Gebirgsgletscher, die in vielen Ländern von entscheidender Bedeutung für die regelmäßige Wasserversorgung sind, oder ein Meeresspiegelanstieg von mehr als einem Meter, der noch

in diesem Jahrhundert für möglich gehalten wird, wenn nicht genug für den Klimaschutz getan wird.

Nicht auf alle potenziellen Folgen des Klimawandels kann an dieser Stelle eingegangen werden², gerade für die Landwirtschaft in Mitteleuropa könnten sie jedoch bedrohlich werden. Dies hat der durch extrem hohe Temperaturen gekennzeichnete Sommer 2003, in dem die Temperaturen z. B. in Frankreich teilweise um mehr als 10°C über dem langjährigen Durchschnitt lagen und in Europa mehr als 30 000 Menschen durch die Hitze ums Leben kamen, gezeigt. Vor allem in Ostdeutschland hatte die Landwirtschaft damals große Ernteeinbußen zu verzeichnen. Dies zeigt, dass auch wir als

¹ In den USA wurde von Wissenschaftlern eine interessante Erhebung gemacht: Von über 1000 Studien, die Ausführungen zum Klimawandel beinhalteten, unterstützten 75 % die These einer menschlichen Verursachung des Treibhauseffektes, die anderen 25 % nahmen keine Stellung, da es teilweise rein methodische Arbeiten waren. Keine einzige widersprach dieser These. Bei der Auswertung der öffentlichen Berichterstattung ergab sich ein ganz anderes Bild. Mehr als die Hälfte der ausgewerteten Artikel stellte die These der menschlichen Verursachung der Skepsis gegenüber dieser ungefähr gleichgewichtig gegenüber.

² Die sehr renommierten deutschen Klimawissenschaftler H.J. Schellnhuber und S. Rahmstorf haben vor einigen Wochen ein sehr gut lesbares Buch zum Klimawandel veröffentlicht, das zur weiteren Lektüre empfohlen wird: „Der Klimawandel“. C. H. Beck Verlag, ca. 140 Seiten, 7,90 €

reiche, hoch entwickelte Nation gegenüber Wetterextremen verwundbar sind. Zwar kann ein einzelnes Ereignis nicht eindeutig auf den Klimawandel zurückgeführt werden, dass sich die Eintrittswahrscheinlichkeit für solche Hitzewellen aber durch den menschgemachten Treibhauseffekt deutlich erhöht hat, haben britische Wissenschaftler nachgewiesen. Bei unverändertem Temperaturanstieg könnten sie bis Mitte des Jahrhunderts zum Normalfall werden.

50 % weniger Emissionen bis 2050, um gefährlichen Klimawandel zu vermeiden

Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2°C zu begrenzen und damit einen gefährlichen Klimawandel noch abwenden zu können, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen nach heutigem Kenntnisstand bis 2050 um 50 % gegenüber 1990 verringert werden. Da der Pro-Kopf-Ausstoß in Deutschland beispielsweise etwa viermal so hoch wie in China und zehnmal so hoch wie

in Indien ist, und um weniger entwickelten Ländern Entwicklungsspielräume zuzugestehen, ist für Industrieländer wie Deutschland oder die USA sogar eine Verringerung um 80 % erforderlich. Gegenüber 1990 hat Deutschland bereits eine Reduzierung um 18,2 % erreicht – etwa zur Hälfte mit Maßnahmen wie der Ökosteuer oder der Förderung von erneuerbaren Energien, zur anderen Hälfte durch den Zusammenbruch der energieintensiven Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach der Wende. Global sind die Emissionen seit 1990 jedoch um mehr als 16 % gestiegen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang wirtschaftlich schnell wachsende, bevölkerungsreiche Staaten durch Verhandlungen, Kooperationen für Technologietransfer etc. dabei zu unterstützen, einen weniger emissionsintensiven Entwicklungspfad einzuschlagen.

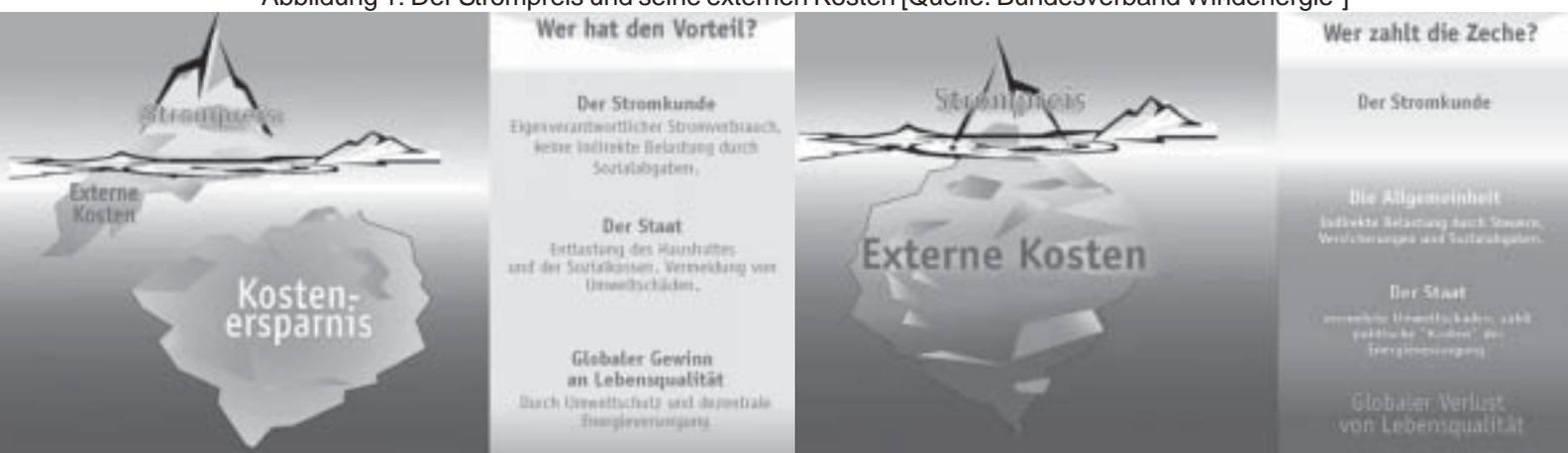
Klimaschutz ist in erster Linie in Zusammenhang mit der Wirtschaft und der Energieversorgung zu sehen: Mehr als 80 % der deutschen Treibhausgasemissionen stehen in Zusammenhang mit der Energienutzung. Über 40 % der

CO₂-Emissionen entstehen in Kraft- und Fernheizwerken, ca. 20 % im Verkehr, 15 % in der Industrie und 21 % in Haushalten. Klimaschutzmaßnahmen müssen deshalb bei den wirtschaftlichen Aktivitäten ansetzen.

Wirkliche Kosten des Klimaschutzes

Die Kosten des Klimaschutzes für eine Volkswirtschaft müssen in engem Zusammenhang mit den wirklichen Kosten der Energieversorgung gesehen werden. Häufig wird gegen den Einsatz erneuerbarer Energien mit ihren angeblich deutlich höheren Kosten im Vergleich zum Einsatz der derzeit dominierenden fossilen Energieträger argumentiert. Dabei werden jedoch nicht die sog. „externen Kosten“, d. h. die Folgekosten, die durch den CO₂-Ausstoß der Marktteilnehmer verursacht werden, berücksichtigt. Diese gehen zwar nicht in die betriebswirtschaftliche Kalkulation ein, entstehen jedoch der Volkswirtschaft (s. Abb. 1). Hierzu gehören z. B. Sturmschäden durch – in Zukunft verstärkt zu erwartende – Wetterextreme und Ernteverluste

Abbildung 1: Der Strompreis und seine externen Kosten [Quelle: Bundesverband Windenergie³]



³ BWE : Hintergrundinformation Externe Kosten. http://www.wind-energie.de/fileadmin/dokumente/Presse_Hintergrund/HG_Externe_Kosten.pdf

durch Dürren, aber auch militärische Sicherungskosten für den Ressourcenzugang z. B. von Öl im Nahen Osten. Eine im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführte Studie aus dem Jahr 2006 hat ergeben, dass die externen Kosten der Stromerzeugung bei Stein- und Braunkohle mit mindestens 1,5 – 2 Eurocent pro kWh angesetzt werden müssen, in Abhängigkeit von den Vermeidungskosten pro Tonne CO₂⁴. Diese müssten eigentlich dem reinen Erzeugungspreis für Strom hinzugegerechnet werden. Auch der Einsatz erneuerbarer Energien verursacht Emissionen (bei der Herstellung der Anlagen), die externen Kosten sind jedoch wesentlich geringer. Für Wind- und Wasserkraft wurde beispielsweise ein Wert von 0,05 – 0,1 Eurocent pro kWh ermittelt.

Studien u. a. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen, dass zudem davon ausgegangen werden muss, dass die Folgekosten umso höher sein werden, je später die Welt mit umfassendem Klimaschutz beginnt. Wird z. B. global erst 2025 mit einem wirksamen Klimaschutz begonnen, könnten die Gesamtkosten (in der Größenordnung von 18 Billionen US-Dollar weltweit) bis Ende des Jahrhunderts mehr als doppelt so hoch sein, wie bei einem Beginn 2005⁵. Gleichzeitig werden bei einem früheren Beginn deutlich mehr Schäden vermieden.

Politik muss Kostentransparenz und -gerechtigkeit herstellen

Die Politik hat vor diesem Hintergrund sehr unterschiedliche Möglichkeiten, mehr Kostentransparenz und -gerechtigkeit herzustellen, was als Grundlage für die Beurteilung der Kosten von Klimaschutzmaßnahmen wie Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien unerlässlich ist. Beim Ansatz der ökologischen Steuerreform wird ein Teil der externen Kosten in den Preis eingerechnet, wodurch sich beispielsweise die Energieerzeugung mit fossilen Trägern verteuert, was gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit umweltfreundlicher Energieerzeugung erhöht. Da die Einnahmen zum größten Teil zur Finanzierung der Rentenversicherung verwendet werden, liegt der Rentenversicherungssatz ca. 2 % niedriger, wodurch die Arbeitskosten günstiger werden. Dadurch, dass die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform der Gesellschaft zugute kommen, ist diese weitgehend aufkommensneutral.

Das System des Emissionshandels, 2005 auf europäischer Ebene für ca. 12 000 Kraftwerke und energieintensive Betriebe eingeführt, basiert auf dem Ansatz, dass für jede ausgestoßene Tonne CO₂ eine Emissionsberechtigung vorliegen muss. Unternehmen erhalten einen bestimmten Anteil einer limitierten Gesamtmenge zugeteilt. Sie können bei Bedarf weitere Berechtigungen (Zertifikate) kaufen oder nicht benötigte Zertifikate verkaufen. In der Praxis ist das System zwar komplizierter als es zunächst er-

scheint. Aber es setzt für viele Unternehmen das Signal, dass sich die Vermeidung von CO₂-Emissionen wirtschaftlich lohnt.

Klimaschutz und Arbeitsplätze durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das in Deutschland in den letzten Jahren zu einem enormen Ausbau der Stromversorgung aus Wind, Sonne und Biomasse geführt hat, wird für die Energieerzeugung mit diesen Technologien ein fester Preis pro erzeugter Kilowattstunde gewährt, wodurch Planungssicherheit für Investitionen geschaffen wird. Die Mehrkosten werden auf alle Verbraucher umgelegt, d. h. nicht vom Staat finanziert. Die Belastung für jeden Einzelnen ist dadurch sehr gering. Während die erneuerbaren Energien aufgrund des technologischen Fortschritts und der Fertigung größerer Stückzahlen noch ein Kostensenkungspotenzial besitzen, ist bei den fossilen Energien zukünftig eher von Kostensteigerungen durch Verknappung und Preisanstieg bei den Rohstoffen Öl und Gas auszugehen. Der hohe Ölpreis wirkt sich auch stark auf die Preise von Importkohle aus, da diese sehr transportkostenintensiv ist. Diese Entwicklung hat zu einem enormen Innovationsfortschritt geführt, der sich für Deutschland auch positiv auf die Exportbilanz ausgewirkt hat, denn sowohl bei der Windenergie als auch bei der Photovoltaik ist Deutschland weltweit mit führend.

⁴ Krewitt, W./Schlomann, B.: Externe Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Vergleich zur Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern. http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/ee_kosten_stromerzeugung.pdf

⁵ DIW 2005: Weltweiter Klimaschutz – Sofortiges Handeln spart hohe Kosten. Wochenbericht Nr. 12-13 2005. Berlin.

Selbst Vertreter von großen Stromversorgern wie Vattenfall gestehen mittlerweile ein, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien, die heute einen Anteil von 10 % an der Stromproduktion haben, immer mehr zur Preisstabilisierung im Strombereich beiträgt. „Die Beschaffungskosten für regenerativen Strom haben sich nicht so stark erhöht wie die für konventionellen Strom“, wurde eine Sprecherin des Konzerns Vattenfall zitiert⁶. Das EEG bewirkt zudem derzeit eine jährliche Einsparung von etwa 40 Mio. t CO₂, etwa 4 % des gesamten deutschen Ausstoßes, Tendenz steigend. Was die externen Kosten betrifft:

Wissenschaftler sind zu der Schlussfolgerung gekommen, dass durch die Nutzung erneuerbarer Energien mehr Schäden vermieden werden als die Aufwendungen für das EEG betragen⁷. Immer mehr Länder, die unabhängiger von fossilen Energien werden wollen, orientieren sich an dem deutschen Modell.

Nicht zuletzt sind heute im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland bereits mehr als 170 000 Menschen beschäftigt. Teilweise verdrängen diese zwar Arbeitsplätze bei der fossilen Energieerzeugung, allerdings ist von einem deutlichen Nettoeffekt bei den Arbeitsplätzen auszugehen.

Die Branche der erneuerbaren Energien rechnet mit einem deutlichen Wachstum bis 2020 (s. Abb. 2). Zudem schont jede eingesparte und damit vermiedene konventionell erzeugte Kilowattstunde Ressourcen, die Deutschland zum großen Teil importieren muss.

Dr. Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises, hat den Vorsorgecharakter erneuerbarer Energien mit folgendem Satz prägnant zusammengefasst: „Die Mehrkosten für Erneuerbare Energien von heute sind die niedrigen Energiekosten und vermiedene Umweltschäden von morgen.“



Abbildung 2: Arbeitsplatzentwicklung und -prognose durch Erneuerbare Energien [Quelle: Informationskampagne Erneuerbare Energien⁸]

⁶ Aus: Der Tagesspiegel, 31.1.2006

⁷ Krewitt, W./Schloman, B.: Externe Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Vergleich zur Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern. www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/ee_kosten_stromerzeugung.pdf

⁸ <http://www.unendlich-viel-energie.de>

KiNDER laufen für kiNDER 5 Jahre „Kinder laufen für Kinder“

Mit der bundesweiten Schulaktion „Kinder laufen für Kinder“ wollen Kultusministerien auch 2006 bei Schülern und Schülerinnen die Freude an Bewegung und am sozialen Engagement fördern. Jeder gelaufene Kilometer bringt einen Spendenbeitrag für die UNICEF-Hilfsprojekte „Schulen für Afrika“ und „Wasser für Äthiopien“. Ohne großen Aufwand kann jede Schule mitmachen, jede Schülerin und jeder Schüler erhöht mit ihrer/seiner Strecke das

Gesamtergebnis. Kinder suchen die Sponsoren im privaten Umfeld. Auf diese Weise kann die Freude am Sport mit einer guten Tat für hilfsbedürftige Kinder verbunden werden.

Neben der Spendenaktion wird eine Aufklärungskampagne unter dem Titel „Fit und gesund durch Bewegung und richtige Ernährung“ gestartet. Sie soll bei Eltern, Lehrern/-innen und Schülern/-innen das Bewusstsein für die Bedeu-

tung von bewusster Ernährung und moderater Bewegung für einen gesunden Lebensstil schaffen.

Veranstaltungen finden am 2. Juli in München und am 24. September in Hamburg statt. Weitere Informationen sind unter Initiative „Kinder laufen für Kinder“, Änne Jacobs, Fon (08133)9189-0 und E-Mail: info@kinder-laufen-fuer-kinder.de, www.kinder-laufen-fuer-kinder.de zu erhalten.

fa

Jugendbündnis Zukunftsenergie setzt 20 Jahre nach Tschernobyl Zeichen

Vom 20. bis 23. April 2006 trafen sich etwa 160 junge Menschen aus Europa zum Youth Energy Summit 2006 (YES'06) in Berlin, um ein Zeichen gegen die Nutzung von nuklearen und fossilen Energiequellen und für eine nachhaltige globale Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu setzen. Ansatzpunkte für konkrete politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen flossen in ein Strategiepapier ein, anhand dessen die Diskussion zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern weiter geführt werden soll.

Engeladen waren Experten wie der Alternative Nobelpreisträger Prof. Dr. Hans-Peter Dürr und der weißrussische Kernphysiker Prof. Dr. Wassilij Nesterenko, Träger des Bremer Friedenspreises 2005, sowie junge Erwachsene aus Belarus, die von den heute noch spürbaren Folgen der Reaktorkatastrophe erzählten. Die Konferenzteilnehmer/-innen positionierten sich klar gegen eine Energiepolitik, die katastrophale Folgen für Umwelt und Menschen in Kauf nimmt. In Workshops tauschten sie sich über die Themen Atomindustrie, Energiepolitik und Erneuerbare Energien aus und

entwickelten Ansätze für eine nachhaltige Energieversorgung auf der Basis von Energieeinsparung, Energieeffizienz und 100 % erneuerbaren Energien.

Zu den elf Handlungsfeldern gehört beispielsweise „Politik und Gesetzgebung“, in dem u. a. Vorschläge zur Gebäudesanierung oder für den Einsatz des sog. Top Runner-Ansatzes (das heute effizienteste Produkt wird als Effizienzstandard für die Marktzulassung zukünftiger Produkte gleicher Art herangezogen) gemacht werden. Im Handlungsfeld „Bildung“ wird u. a. gefordert, das The-

ma Energieversorgung und Erneuerbare Energien als Unterrichtsfach aufzunehmen.

Das Jugendbündnis Zukunftsenergie ist eine Initiative aus der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend), der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), der Youth for Intergenerational Justice and Sustainability (YOIS), der Naturschutzjugend (NAJU), der Naturfreundejugend Deutschlands sowie einer großen Anzahl von Aktiven und Gruppen, die keinem Verband angehören.



Weitere Informationen
sind unter www.yes06.de
zu finden.

Peter Hauk bleibt Landwirtschaftsminister in Baden-Württemberg, Petra Wernicke Landwirtschaftsministerin in Sachsen-Anhalt

Der seit April 2005 amtierende Minister für Ernährung und Ländlichen Raum des Landes Baden-Württemberg wurde nach der Regierungsbildung im Mai 2006 zum 14. Juni 2006 wieder an die Spitze des Ressorts bestellt. Staatssekretärin bleibt wie bisher Friedlinde Gurr-Hirsch. Ziel seiner Politik ist der Erhalt einer intakten Infrastruktur, um mit attrakti-

ven Rahmenbedingungen eine Alternative zu den Ballungsräumen zu bieten. Dabei stellt der Ausbau der Infrastruktur der neuen Informations- und Kommunikationstechniken im ländlichen Raum einen Schwerpunkt dar.

In Sachsen-Anhalt bleibt Petra Wernicke in der im April neu gebildeten Landesregierung wie

bisher Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt. Staatssekretär bleibt ASG-Kuratoriumsmitglied Dr. Hermann Onko Aeikens. In der Agrarpolitik des Landes will die Regierungskoalition aus CDU und SPD den Erhalt und die Stärkung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen.

Hendrik Hering neuer Landwirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz

Neuer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz ist seit dem 18. Mai 2006 der 42-jährige Rechtsanwalt und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Hendrik He-

ring. Der aus dem Westerwald stammende Rechtsanwalt war vorher ein Jahr lang Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium und davor fast vier Jahre in gleicher Funktion im Umweltministerium. Als wichtige

Zweige der Landwirtschaft sieht er die Milchviehhaltung sowie die Erzeugung Erneuerbarer Energien und Nachwachsender Rohstoffe an. Sein Ziel ist es, den Landwirten eine Einkommensperspektive als Energiewirte zu bieten.

Bernd-Udo Hahn Leiter der Zentralabteilung im BMELV

Kammerdirektor Bernd-Udo Hahn hat von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Oldenburg, zum Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gewechselt. Er hat nach 15 Jahren als Kammerdirektor am 1. Juni 2006 die Leitung der Zentralabteilung von Ministerialdirektor Erhard Schwinne übernommen, der am 31. Mai in den Ruhestand gegangen ist.

Ulrike Höfken übernimmt Vorsitz des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag

Die Bundestagsabgeordnete und Agrarexpertin Ulrike Höfken hat im Mai 2006 den Vorsitz im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernommen. Angesichts bevorstehender Reformen

im Agrarbereich will sie sich verstärkt um den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen über die Zukunft der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes bemühen. Höfken, die auch Mitglied im Kuratorium der

ASG ist, tritt die Nachfolge von Bärbel Höhn an, die die Leitung des Arbeitskreises 2 der grünen Bundestagsfraktion mit der Zuständigkeit für Umwelt, Energie, Verbraucher, Agrar, Verkehr, Bau, Tourismus und Sport übernommen hat.

Dr. Clemens Dirscherl in Deutsche Tierschutzkommission berufen

Der Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg mit Sitz in Waldenburg-Hohebuch ist in seiner Funktion als Agrarbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer in die Deutsche Tierschutzkommission berufen worden. Der Agrarsoziologe, der auch ASG-Kuratoriumsmitglied ist, vertritt damit die ethische Perspektive der EKD.

Veränderungen im dlV-Präsidium

Am 21. Juni 2006 wurde das bisherige Präsidiumsmitglied Jutta Quoos aus Brandenburg von der Mitgliederversammlung des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) in einer Nachwahl zur zweiten Vizepräsidentin gewählt. Die Geschäftsführerin der Fließgrund Agrarproduktion GmbH Schönevalde ist seit 1992 Vorsitzende des Brandenburger LandFrauenverbandes und seit 1995 Beisitzerin im dlV-Präsidium.

Als neue Beisitzerinnen im Präsidium wählten die 62 stimmberechtigten Delegierten die Landesvorsitzenden Brigitte Scherb, Niedersachsen-Hannover, und Hannelore Wörz, Württemberg-Baden. Die Nachwahl war notwendig, weil die zweite Vizepräsidentin des dlV, Frieda Hensmann, nicht wieder als Landesvorsitzende des LandFrauenverbandes Weser-Ems kandidiert hat und deshalb satzungsgemäß die Funktion der

Vizepräsidentin im dlV abgeben musste.

Präsidentin des dlV bleibt weiterhin Erika Lenz, Schleswig-Holstein, erste Vizepräsidentin Evelyn Moscherosch, Hessen. Weitere Beisitzerinnen sind Marianne Anselm, Südbaden, und Silvia Zöller, Rheinhessen.

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. gratuliert allen Genannten zu ihren neuen Ämtern bzw. der Bestätigung im bisherigen Amt und wünscht viel Erfolg bei den neuen Aufgaben.

Landschaft in der Postmoderne

Landschaft, bislang ein den Raumwissenschaften vorbehaltenes Thema, stößt in der soziologischen Forschung auf wachsendes Interesse. Der Begriff ist in hohem Grad diffus: Landschaft ist – im sozialwissenschaftlichen Sinne – in erster Linie kein Teil eines physischen Raumes, sondern vielmehr ein bewusstseinsinternes Konstrukt als eine synthetisierende Zusammenschau physischer Objekte und in der Sozialisation erworbener Interpretationsschemata.

Olaf Kühne zeigt, dass im Zuge der gesellschaftlichen Postmodernisierung auch die Wahrnehmungen und Interpretationen von Landschaft pluralisiert werden. In diesem Zusammenhang untersucht er am Beispiel des Saarlandes die Möglichkeiten und Grenzen künftiger Landschaftsentwicklungen.

Olaf Kühne: Landschaft in der Postmoderne. Das Beispiel des Saarlandes. DUV/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006, 333 S., 33 Abb., 28 Tab., 39,90 € ISBN 3-8350-6034-1. Zu bestellen unter: Fax (0611)7878-420.

Der kritische Agrarbericht 2006

In der Ausgabe 2006 des kritischen Agrarberichts ziehen die Verbände des AgrarBündnisses eine Zwischenbilanz des Erreichten nach fünf Jahren einer rot-grünen Bundesregierung mit der Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast. Darüber hinaus benennt das AgrarBündnis die Handlungsfelder, die es konsequent im Sinne zukunftsweisender Konzepte weiter zu entwickeln gilt.

In 45 Beiträgen von Autoren und Autorinnen aus Wissenschaft und Praxis sowie aus Verbänden und Politik werden Themen und Problemstellungen, die für Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Umwelt-, Natur- und Tiererschutz von Bedeutung sind, analysiert.

AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2006, ABL-Verlag, Hamm, 288 S., 19,80 € ISBN 3-930413-29-9. Zu bestellen bei: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fon (02381)492288, Fax (02381)492221, E-Mail verlag@bauernstimme.de

Die Landwirtschaft in der Europäischen Union

Der Materialband enthält neun Kapitel zu den folgenden Themen:

1. Die Gemeinsame Agrarpolitik – Grundlagen und Entwicklung
2. Gegenwärtige Strukturen der Landwirtschaft in der EU
3. Die Milchwirtschaft: ein regulierter Sektor und seine Probleme
4. Getreide – ein Schlüsselprodukt in der Agrarwirtschaft und der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU
5. Die Zuckerwirtschaft: durch Lieferquoten geregelt.
6. Obst, Gemüse, Wein: Vielfalt und Spezialisierung
7. Schweinehaltung und Schweinefleischerzeugung
8. Geflügelwirtschaft (I): Eierproduktion
9. Geflügelwirtschaft (II): Geflügelfleisch

Die Darstellung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen und der gegenwärtigen Strukturen der Landwirtschaft in der EU in den ersten beiden Kapiteln ist unverzichtbar für das Verständnis vieler Aussagen in den folgenden Kapiteln. In den weiteren sieben Kapiteln werden ausgewählte Produkte behandelt.

Die Materialien enthalten viele gut aufbereitete Informationen (Texte) und Kopiervorlagen (Karten, Grafiken und Tabellen) über die Landwirtschaft in der europäischen Union.

Werner Klohn und Hans-Wilhelm Windhorst: *Die Landwirtschaft in der Europäischen Union. Vechtaer Materialien zum Geographieunterricht (VMG), Heft 12, Vechta 2006. 208 Seiten, davon 151 Kopiervorlagen. 12,50 €zzgl. Versandkosten. ISBN: 3-88441-224-8. Zu bestellen bei: Hochschule Vechta, ISPA, Postfach 1553, 49364 Vechta, Fon (04441)15434, Fax (04441)15445, E-Mail: ajoachim@ispa.uni-vechta.de*

fa

www.biohandwerk.de

Gemeinsam haben verschiedene Bildungsträger und Personen, die Wert auf die Tradition handwerklicher Lebensmittelherstellung legen, die Initiative „biohandwerk“ gegründet. Ziel dieser Initiative ist es, das traditionelle Wissen der Herstellung von Brot, Wurst oder Käse zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zu den hiermit verbundenen Qualitätsansprüchen gehört die Verarbeitung ökologisch erzeugter Rohstoffe.

Die Initiative bietet ein umfangreiches Weiterbildungsangebot, das auf der Website recherchiert werden kann. Freude und Spaß im Umgang mit den Zutaten sol-

len hier ebenso vermittelt werden wie moderne Hygieneansprüche nach den Verordnungen der Europäischen Kommission. Die Seminare finden fast durchgängig auf Bio-Betrieben statt und garantieren somit einen intensiven Praxisbezug. Auch Angebote im Bereich Vermarktung sollen in Zukunft unterbreitet werden.

Klar und übersichtlich strukturiert bietet die Internetseite kurze Informationen zu den drei Gewerken „Milchhandwerk“, „Bäckerhandwerk“ und „Fleischerhandwerk“. Die Einbindung weiterer Berufsgruppen, beispielsweise Brauer oder Winzer, ist geplant. **cb**



Zitate - Folge 72 - Zitate - Folge 72

„Demographisch gesehen ist es 30 Jahre nach 12.“

- Prof. em. Dr. Herwig Birg,
Universität Bielefeld -

„Wie lange jemand im Erwerbsleben bleiben kann, hängt maßgeblich vom Arbeitsmarkt und seinem Gesundheitszustand ab. Auch wenn sich die Arbeitsmarktlage in Zukunft deutlich bessert, bleibt offen, ob dies auch zu einer höheren Erwerbsbeteiligung Älterer führt. Daher sollte der Zeitpunkt, an dem die beschlossenen Änderungen wirksam werden, von überprüfbaren Indikatoren (wie etwa altersspezifischen Arbeitsmarktindikatoren) abhängig sein. Die Ankündigung jetzt ist sinnvoll, doch die Verwirklichung ist an Bedingungen zu knüpfen.“

- Prof. Dr. Winfried Schmähl, Direktor am Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen -

„Wir sind gezwungen, unsere betriebswirtschaftlichen Probleme zu Lasten der Volkswirtschaft zu lösen.“

- Eberhard von Kuenheim,
ehemaliger BMW-Chef -

„Die Anzahl der Mitglieder ist nicht das Problem. Es sind die Entscheidungsmechanismen, die verbessert werden müssen.“

- Leonard Orban,
rumänischer EU-Verhandlungsführer
zu den EU-Erweiterungsplänen -

„Eine strikte Trennung der Lebens- und Futtermittel auf den Weltmärkten in gentechnikfreie bzw. mit Gentechnik erzeugte Pflanzen ist gegenwärtig kaum noch möglich. [...] Die Förderung von innovativer Forschung ist demnach neben der Sicherheitsforschung eine Herausforderung für die Öffentliche Hand.“

- Prof. Dr. Gerhard Flachowsky, Präsident
des Senats der Bundesforschungsanstalten -

Zitate - Folge 72 - Zitate - Folge 72

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 709 - 26
Layout: Elisabeth Wegerle, Webdesignerin
(0551) 49 709 - 32

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Fon (0551) 49 709 - 0
Fax (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Alle Ausgaben ab 2003 können als pdf-Datei von der ASG-Internetseite herunter geladen werden.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01



Informationsmaterialien über den ökologischen Landbau – Agrarwirtschaft

Umfangreiches Unterrichtsmaterial zum ökologischen Landbau bietet diese CD-ROM für die Schwerpunktbereiche Landwirtschaft, Gartenbau, Obst- und Weinbau. Die CD-ROM enthält überwiegend PDF-Dateien mit einer sehr großen Zahl von Arbeits- und Lösungsblättern sowie Folien, Powerpoint-Präsentationen, methodisch-didaktischen Hinweisen und Hintergrundinformationen.

Bestell-Nr.: 5-4143, 2005



Öko-Landbau für ernährungswirtschaftliche Schulen

Wie die CD-ROM für die Agrarwirtschaft sind hier Unterrichtsmaterialien in großer Zahl und Materialvielfalt von Lehrern für Lehrer erarbeitet worden. Sie eignen sich ebenfalls vor allem für die Berufs- und Fachschulen im Fleischerhandwerk, Molkereiwesen, für Brauer und Mälzer, in der Fruchtsafttechnik, der Hauswirtschaft und Ernährung sowie im Lebensmittelhandel. Auch in den höheren Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I sowie in der Sekundarstufe II können die Unterlagen unterrichtsergänzend eingesetzt werden.

Bestell-Nr.: 5-4144, 2005



Öko-Landbau für allgemein bildende Schulen

Die Informationsmaterialien sind speziell für den Unterricht an Grundschulen und allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II erstellt worden. Auf der CD-ROM enthalten sind Projektvorschläge und Unterrichtseinheiten als PDF-Dateien nach Altersstufen sortiert. Zusätzlich im Lieferumfang sind: Grundwissen Ökolandbau, ein interaktiver Bauernhof und eine Bibliothek mit Audio- und Bilddateien sowie Postern zum Thema Ökolandbau. Ein hoher Anteil handlungsorientierter Elemente bietet Ideen für einen interessanten, altersgerechten Unterricht.

Bestell-Nr.: 5-4146, 2005

Bestellmöglichkeiten

aid infodienst, Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft e.V.
Projekteinheit Ökologischer Landbau
Friedrich-Ebert-Straße 3, 53177 Bonn

oder direkt unter: www.aid-medienshop.de oder www.schule-oekolandbau.de

Mindestvoraussetzungen für alle drei CD-ROMs sind: Windows 98/ME/2000/XP, Pentium 166 MHz, 64 MB RAM, Soundkarte, Grafikkarte 1024 x 768 bei 16 Bit Farbtiefe, Acrobat Reader 4.0